Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 22. Februar 1930

34. Jahrgang — Nummer 8

Volksvermögen und Volkseinkommen

Im Leben eines Volkes ist genau so wie im privaten Leben des einzelnen das verfügbare Vermögen und die Höhe des Einkommens bestimmend dafür, welchen Anteil ein Volk, als Ganzes gesehen, an den Errungenschaften von Zivilisation und Kultur hat. Die Gewerkschaften haben im Gesamtrahmen von Volkseinkommen und Volksvermögen zwei Aufgaben zu erfüllen. Die erste liegt in der Richtung, allen Gliedern des Volkes, vornehmlich aber denen, die durch ihrer Hände und Hirne Arbeit die Wirtschaftswerte erschaffen, eine ihrer Bedeutung entsprechende Beteiligung am Wirtschaftsertrage zu sichern. Es hat diese Aufgabe gewiß nichts mit jenem naiven Teilungssystem zu tun, das von minderbegabten Reaktionären als Kernpunkt des freigewerkschaftlichen Kampfes hingestellt und dann widerlegt wird, wozu ebensowenig Mut wie Wissen notwendig ist. In Wirklichkeit ist es so, daß nur in dem Maße, wie es gelingt, den arbeitenden Menschen am Volkswohlstand zu beteiligen, auch die zweite Aufgabe, nämlich das Volksvermögen und das Volkseinkommen zu steigern, gelöst werden kann. denn die Arbeitskraft ist der wichtigste Produktionsfaktor, dessen Leistung in entschiedenem Maße von seiner Pflege abhängt.

Wie steht es nun um die Höhe des Volksvermögens? Zunächst die absoluten Ziffern, wie sie in der soeben von der Dresdner Bank herausgegebenen Schrift „Die wirtschaftlichen Kräfte der Welt" angegeben sind. Dazu ist zu bemerken, daß die Zahlen sich auf Vorkriegsmark beziehen, also die durch die gestiegene Teuerung eingetretene Entwertung des Geldes schon berücksichtigt ist. Es betrug das Volksvermögen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und den wichtigsten europäischen Ländern:

	insgesamt in Milliarden Mark		pro Kopf der Bevölkerung in 1000 Mark	
	1913/1914*	1928	1913/1914*	1928
Vereinigte Staaten	831	1262	8,6	10,5
England	286—293	304	6,3—6,4	6,7
Deutschland	310	250	4,6	3,9
Frankreich	240—245	212	6,0—6,1	5,2
Schweden	19— 20	28	3 4—3,6	4,7
Schweiz	24— 25	33,5	6,2—6,5	8,3
Polen	—	50,5	—	1,8
Rußland	260	148	1,7	1,0

* 1913/1914 heutiges Gebiet.

Die Statistik unterscheidet bei den Berechnungen über das Volksvermögen Länder mit passivem und aktivem Investitionssaldo. Zu den ersteren gehören die Staaten, bei denen der Besitz von Ausländern an den heimischen Vermögenswerten größer ist als die eigene Auslandsbeteiligung. Ein typisches Land mit passivem Investitionssaldo ist Deutschland, dessen Gesamtbesitz auf etwa 390 Milliarden Mark (heutigen Geldwertes) zu beziffern ist, wovon aber rund 50 Mill. als Auslandsschuld in Abzug zu bringen sind. Diese setzen sich zusammen aus 35 Milliarden Mark Gegenwartswert der Reparationszahlungen und 15 Milliarden Mark privaten Schuldverpflichtungen. Die übrigen in obiger Statistik aufgeführten Länder verfügen mit Ausnahme von Polen und Rußland über einen aktiven Investitionssaldo, d. h. über größere Auslandsbeteiligungen als Auslandsverpflichtungen. Der Aktivsaldo beträgt für die Vereinigten Staaten von Nordamerika 60 bis 65 Milliarden Mark, für Frankreich 40 bis 50 Milliarden, die Schweiz 6 bis 7 Milliarden und für England, das in seinem riesigen Kolonialreich gewaltige Summen angelegt hat, 80 bis 85 Milliarden Mark.

Ueber das größte Volksvermögen, sowohl absolut als auch pro Kopf der Bevölkerung, verfügen die Vereinigten Staaten von Amerika. In Europa steht die Schweiz mit rund 8300 Mark pro Kopf der Bevölkerung an der Spitze. Ihr folgt England mit 6700 Mark, Frankreich mit 5200 Mark, Schweden mit 4700 Mark und dann erst kommt Deutschland mit etwa 3900 Mark. Unter dem deutschen Satz liegen die östlichen Staaten (Polen, Rußland, russische Randstaaten), die Balkan- und Donauländer, während in Dänemark, Belgien und Holland das Volksvermögen die deutsche Summe um einiges übersteigt.

Beachtlich sind auch die Verschiebungen zwischen 1913 und 1928. In den Ländern, die den Krieg gewonnen haben, so in Amerika und England, ist der Vermögensanteil je Einwohner gestiegen, während er in Frankreich einen starken Rückgang zeigt. Deutschland und Rußland weisen ebenfalls eine starke Minderung auf, während alle neutralen Staaten ihr Vermögen absolut wie auch pro Kopf der Bevölkerung erheblich zu steigern vermochten.

Und nun zum Volkseinkommen. Auch hier finden die Zahlen Verwendung, die die Dresdner Bank der Oeffentlichkeit bekanntgegeben hat. Danach betrug das Volkseinkommen im Jahre 1928

	insgesamt in Millionen Reichsmark	pro Kopf der Bevölkerung in Reichsmark
Vereinigte Staaten	373 615	3113
Holland	12 000	1584
England	71 605	1567
Schweiz	5 913	1473
Norwegen	3 543	1337
Dänemark	4 000	1144
Schweden	6 750	1107
Deutschland	68 500	1077
Frankreich	39 472	960
Belgien	6 993	885
Tschechoslowakei	9 078	630
Oesterreich	3 958	593
Polen	9 401	317
Rußland	49 500	325

Für Holland, die Schweiz, Belgien, die Tschechoslowakei und Polen stammen die Schätzungen aus dem Jahre 1927. Das höchste Volkseinkommen in jeder Beziehung hat das reiche Amerika. Es entfällt dort auf den Einwohner der ungefähr doppelt so hohe Betrag wie in Holland, dem Lande, das in Europa im Volkseinkommen je Kopf der Bevölkerung an der Spitze steht. An zweiter Stelle unter den europäischen Ländern finden wir Großbritannien mit 1567 Mark. Die Schweiz weist den ebenfalls sehr hohen Satz von 1473 Mark auf. Deutschland steht mit 1077 Mark in Europa an siebenter Stelle. Außer Holland, Großbritannien und der Schweiz liegen die Einkommensätze pro Kopf der Bevölkerung in den nordischen Staaten Schweden, Dänemark und Norwegen höher als bei uns. Trotzdem das Volksvermögen je Einwohner in Frankreich ungleich höher ist als bei uns, liegt in diesem Lande das Einkommen pro Kopf mit 885 Mark um 192 Mark tiefer als in Deutschland. In den österreichischen Nachfolgestaaten und den osteuropäischen Ländern liegt der Einkommensatz je Einwohner erheblich tiefer als in Deutschland. Den Rekordtiefstand weist Polen mit 317 Mark auf, der nur von Litauen und Bulgarien unterschritten wird.

Vergleicht man das Volkseinkommen mit den Vermögenswerten der betr. Volkswirtschaften, so ergibt sich, daß das Volkseinkommen im Durchschnitt 10 bis 20 Prozent des Volksvermögens beträgt. Der Prozentsatz ist in den Ländern am höchsten, die eine hohe Vermögensquote je Kopf der Bevölkerung aufweisen. Das erklärt sich aus der Produktivkraft des in Maschinen und Anlagen investierten Kapitals, dessen Zweck es ja ist, neue Wirtschaftswerte und somit neues Volksvermögen zu erzeugen.

Der während der Kriegs- und Nachkriegsjahre zu beobachtende Wandel, daß sich das wirtschaftliche Schwergewicht der Welt von Europa nach Amerika verlagerte, tritt auch in der Gestaltung des Volkseinkommens deutlich zutage. Das erhellt folgendes Zahlenbild, in dem der prozentmäßige Anteil der einzelnen Weltteile am Welteinkommen dargestellt ist. Daran waren beteiligt:

	vor dem Kriege	1928
Europa	50 Prozent	40 Prozent
Amerika	30 Prozent	40 Prozent
Uebrige Weltteile	20 Prozent	20 Prozent
Zusammen	100 Prozent	100 Prozent

Aus dieser Zahlenaufstellung geht deutlich hervor, daß in der Einkommensgestaltung das alte Europa von dem jungaufstrebenden Amerika weit überflügelt worden ist. Die Gründe hierfür haben schon des öfteren Erwähnung gefunden; sie mögen aber noch einmal genannt werden. Amerikas Volksreichtum wuchs so schnell, weil es ein einziges großes Wirtschaftsgebiet ist, im Gegensatz zu dem wirtschaftlich balkanisierten Europa, und auch weil in diesem Lande zuerst erkannt wurde, daß der Arbeitslohn nicht nur ein Unkostenfaktor ist, sondern daß ihm hohe konjunktur- und wirtschaftsbelebende Wirkungen innewohnen. Diesem Moment zum Durchbruch zu verhelfen und damit die Voraussetzungen für steigenden Volkswohlstand zu schaffen, ist eine Aufgabe, die in Europa zu lösen die Gewerkschaften übernommen haben. V.

Die Betriebsrätewahlen 1930

Die gewerblichen und industriellen Arbeitnehmer Deutschlands wählen in nächster Zeit zum zehntenmal ihre gesetzlichen Betriebsvertretungen. Wiederum muß Umschau gehalten werden nach den Befähigten, die die Interessen ihrer Mitkollegen für das nächste Jahr wahrzunehmen haben. Gesetzliches Wissen, gewerkschaftliche Praxis und Lebenserfahrung müssen bei der Auswahl ausschlaggebend sein, weil nur dadurch ein erfolgreiches Arbeiten für die Gesamtkollegenschaft gewährleistet wird.

Das zehnjährige Bestehen (4. Februar 1930) des Betriebsrätegesetzes verpflichtet, einen kleinen Rückblick und Ausschau zu halten. Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes sind die Arbeiterausschüsse, deren Wahl und Anerkennung bis zur Schaffung des Hilfsdienstgesetzes vielfach von der Genehmigung des Arbeitgebers abhing, aufgehoben und an ihre Stelle die gesetzlichen Betriebsvertretungen getreten. Die Rechte und Pflichten dieser gesetzlich sanktionierten Betriebsvertretungen wurden erweitert. Neben dem Mitbestimmungsrecht wurde ihnen vor allem die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Mitkollegen in den Betrieben mit zur Aufgabe gemacht. Kein Gesetz hat bei seinem Werdegang jemals solche leidenschaftliche Auseinandersetzungen hervorgerufen. Große Meinungsverschiedenheiten über den Wert und die Ausgestaltung des Gesetzes zwischen der Arbeiterschaft selbst und solcher mit den Unternehmern liefen bei der parlamentarischen Behandlung voraus oder parallel. Während es einem Teil der Arbeitnehmer als ein Aufgeben der durch die Revolution erkämpften Rechte erschien, wurde es auf Unternehmerseite als ein Eingriff in ihre heiligsten Interessen bekämpft.

Die Unternehmer haben fast durchweg denn auch bis heute noch kein Mittel unversucht gelassen, um den Betriebsvertretungen die Ausübung ihrer Aufgaben zum mindesten zu erschweren. Erleichtert wurde und wird heute noch dieser Widerstand durch die ungenügenden Schutzbestimmungen für die Betriebsvertretungen, die sich besonders ungünstig für die Außenberufe auswirken und die dazu führen, daß sich manche befähigte und tüchtige Kollegen nicht mehr für das „Amt" eines Betriebsrates zur Verfügung stellen. Anderseits ist es die leider noch anzutreffende Gesetzesunkenntnis vieler Betriebsvertretungsmitglieder, die dadurch den Unternehmern die Widerstände gegen das Gesetz erleichtern.

Der nur denkbarste Widerstand der Unternehmer richtet sich vor allem noch immer gegen die Bilanzvorlegung und deren Erläuterung. Bisher wurde in der Steinindustrie die Erfahrung gemacht, daß sich die Unternehmer entweder stillschweigend über diese Pflichten hinwegsetzen, oder die Erläuterung der Bilanz derart vornehmen, daß eine Orientierung aus ihren Ausführungen nicht möglich ist. Aehnlich verhält es sich mit der vierteljährlichen Auskunfterteilung über die Lage und den Gang des Unternehmens, sowie des Gewerbes im allgemeinen. Auch die Tätigkeit der Betriebsratsmitglieder in dem Aufsichtsrat wird meist dadurch unterbunden, indem die Aufsichtsratssitzungen nur mehr kontrollierenden oder informatorischen Charakter erhalten. Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen wußte man ebenfalls zum größten Teil durch Nichtabschluß der dazu erforderlichen Richtlinien zu inhibieren. Für den größten Teil der Betriebe in der Natursteinindustrie liegen jedoch Richtlinien vor, die unseren Betriebsvertretungen dieses wichtige Recht vorbehalten. Eine wirksamere Tätigkeit als auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Mitbestimmung kann, wenn auch ebenfalls gegen den Willen der meisten Betriebsleitungen in der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Mitkollegen entfaltet werden. Hier ist es vor allem die Durchführung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen und die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren, die besonders in den Steinbruchgebieten den Betriebsvertretungen ein weites Betätigungsfeld bieten. Die Betriebsvertretungen in den Steinbruchbetrieben sollten sich soviel Zeit erwirken, um jeden Tag den Bruchbetrieb auf drohende Unfallgefahren eingehend untersuchen zu können. Die Betriebsvertretungen haben ferner die Durchführung der Tarifverträge und die Ausbildung und Behandlung der Lehrlinge zu überwachen, für das Wohl der Schwerbeschädigten zu sorgen, mit dem Arbeitgeber die Arbeitsordnung zu vereinbaren, sowie bei Entlassungen mitzubestimmen und soweit eine tarifliche Regelung nicht besteht, bei der Festsetzung der Löhne mitzuwirken. Letztere Tätigkeit ist den Betriebsräten in der Pflastersteine- und Schotterindustrie durch den bisherigen Reichsarbeitsvertrag hinsichtlich der Akkordsätze direkt zur Pflicht gemacht. Nicht zuletzt haben die Betriebsräte das Einvernehmen der Arbeiterschaft und dann mit der Betriebsleitung zu fördern, an der Arbeitszeitregelung mitzuwirken und nach Möglichkeit Betriebserschütterungen durch Streitigkeiten zu verhindern suchen. Endlich aber sollen sie, und das dürfte sicherlich bei der Haltung vieler Betriebsleitungen sicher nicht leicht sein, an der Förderung des Betriebes und der Einführung neuer Arbeitsmethoden mitwirken. Eine Aufgabe, die außerordentlich schwierig ist, weil den Betriebsräten der dazu notwendige Einblick in den Betrieb selten oder doch nur unvollständig gewährt wird.

Zusammengefaßt muß gesagt werden, daß der Tätigkeitsbereich der Betriebsvertretungen, trotz der bisher noch immer streitig gemachten Aufgaben im Aufsichtsrat, bei der Bilanzvorlegung und deren Erläuterung, sehr groß ist. Voraussetzung zur praktischen Durchführung dieser Aufgaben ist allerdings ein gut fundiertes Wissen auf sozialem, arbeitsrechtlichem und wirtschaftlichem Gebiet. Es dürfte kaum einen Vorgang im Betrieb geben, der nicht das Tätigkeitsgebiet der Betriebsvertretung berührt.

Diese vielseitige Tätigkeit bringt es auch mit sich, daß die Betriebsvertretung als Zwischenglied, ja, auch als Puffer zwischen Betriebsleitung und Belegschaft betrachtet wird, um die Stöße von beiden Seiten aufzufangen. Die ohnehin schwierige Aufgabe wird dadurch noch schwerer. Jeder verantwortungsbewußten Betriebsvertretung ist bekannt, daß sie ihre Aufgaben, die zum größten Teil gewerkschaftlicher Natur sind, nur gestützt auf den festen und disziplinierten Zusammenschluß der Mitkollegen durchzuführen vermag. Die feste Stütze durch die Belegschaft und damit durch die Gewerkschaft, ist gerade jetzt mehr als je notwendig, weil die organisierten Angriffe der Unternehmer mit ihrer Werks- und Arbeitspolitik verschärft einsetzen, um die Arbeitnehmer den Gewerkschaften zu entfremden, um sie dann um so sicherer in die alte Abhängigkeit zum Arbeitgeber zu bringen. Erleichtert wird das Vorhaben der Unternehmer durch die leider noch immer vorhandene politische Zerrissenheit innerhalb der Arbeiterschaft, die vor der gewerkschaftlichen Einheit nicht halt macht und so auch die Tätigkeit der Betriebsvertretungen und ihren Rückhalt beeinflußt.

Die diesjährigen Neuwahlen werden demzufolge wie die im Vorjahr wieder unter den kommunistischen Parolen stehen. Erneut hat die Moskauer Internationale den Kampfruf ausgegeben „nur Weltrevolutionäre", zu denen auch die Unorganisierten gerechnet werden, zu den Betriebsvertretungswahlen in Vorschlag zu bringen. Der Reinfall vom vorigen Jahre genügt diesen Unentwegten nicht. Die Oeffentlichkeit wird bereits seit Monaten durch Reichs- und Bezirkskongresse neben anderen unverantwortlichen Forderungen für die Betriebsrätewahlen mobil gemacht, zur Freude der Unternehmer, die dieses in ihren Zeitungen öffentlich zum Ausdruck bringen. Um so mehr ist es Pflicht unserer Kollegen bei den diesjährigen Wahlen dafür zu sorgen, daß dem geschlossenen Unternehmertum nur eine geschlossene Front gegenübersteht und im Betrieb nur eine freigewrkschaftliche Liste aufgestellt wird. Die diesjährigen Betriebsratswahlen müssen daher nach zehnjährigem Bestehen des Gesetzes zum Ausdruck bringen, daß die Arbeitnehmerschaft nicht gewillt ist, den Lockungen zur Zerstörung ihrer Einheit zu folgen, ganz gleich von welcher Seite diese kommen. Eingedenk des Aufrufes der Spitzenorganisationen, der in Nr. 6 des „Steinarbeiters" ersichtlich ist, haben die Arbeitnehmer dafür einzutreten, daß kein Betrieb ohne Betriebsvertretung und diese wiederum nicht zum Spielball reaktionärer Machenschaften oder politischer Unvernunft werden. In Verfolg der gewerkschaftlichen Ziele dürfen nur freigewerkschaftliche Vorschlagslisten aufgestellt und gewählt werden. Nur dadurch wird eine sachliche, zielbewußte und ersprießliche Arbeit ermöglicht und den Betriebsvertretungen der Schutz durch die Gewerkschaften gesichert. — Anmerkung: Die nötigen Formulare für die Wahl der gesetzlichen Betriebsvertretung können vom Verbandsvorstand bezogen werden. Wch.

Deutsch-Schwedisches

Aus nachstehenden Zahlen ist ersichtlich, daß 1929 Licht und Schatten, Arbeit und Arbeitslosigkeit, recht ungleich unter den Steinarbeitern Deutschlands und Schwedens verteilt waren. Damit dürfte nachträglich der Standpunkt als gerechtfertigt erscheinen, den der Vorstand des Deutschen Verbandes auf dem Berliner Verbandstage eingenommen hat, der sich bekanntlich gegen die Bevorzugung des schwedischen Materials wandte, während seine Kritiker hierin einen Verstoß gegen die internationalen Prinzipien erblickten.

Natürlich lag und liegt es uns fern, die Interessen der schwedischen Kollegen irgendwie zu verletzen. Nach wie vor erstreben wir nur einen Ausgleich der beiderseitigen Interessen.

Von 100 Verbandsmitgliedern waren arbeitslos

1929	in Deutschland	in Schweden	1929	in Deutschland	in Schweden
im Januar	58,7	19,5	im Juli	7,9	3,4
im Februar	76,7	20,5	im August	10,1	2,7
im März	32,8	14,6	im September	12,9	2,2
im April	11,7	9,7	im Oktober	20,3	2,8
im Mai	6,3	6,5	im November	31,2	3,6
im Juni	5,0	4,2	im Dezember	58,3	6,6

Um jedoch keinen falschen Begriff aufkommen zu lassen über den Umfang der „Schädlichkeit" der schwedischen Pflastersteineinfuhr weisen wir darauf hin, daß der deutsche Bedarf an Pflastersteinen höchstens zum 8. bis 10. Teile von Schweden gedeckt wird. Genaue Ziffern hierüber liegen leider nicht vor. Georg Klose schätzt die Produktion der deutschen Steinindustrie im Jahre 1926 in einem Aufsatz: „Steinstraße und Auto", erschienen in „Die Steinstraße", 1929, S. 8, auf:

3—3½ Millionen Tonnen Pflastersteine und
22 Millionen Tonnen Schotter, Splitt und Schüttsteine,

während die Einfuhr an Pflastersteinen (hauptsächlich skandinavischen) betrug:

1913 ca. 600 000 Tonnen
1925 ca. 200 000 Tonnen
1926 ca. 140 000 Tonnen
1927 ca. 500 000 Tonnen
1928 ca. 360 000 Tonnen

das sind im Durchschnitt der letzten 4 Jahre 300 000 Tonnen pro Jahr.

Ganz anders wirkt sich das ungleiche Beschäftigungsverhältnis aus, wenn es vom Unternehmerstandpunkt betrachtet wird, und zwar soweit deutsche Unternehmer an schwedischen Unternehmen finanziell beteiligt sind. Im Geschäftsbericht für das Jahr 1928 der Basalt-Aktien-Gesellschaft Linz a. Rh. heißt es unter anderem:

„Auf dem wichtigen Gebiet des Pflastersteinmarktes machte sich in Deutschland wegen der bereits geschilderten Geldverhältnisse, aber auch im gesamten Ausland, das hauptsächlich durch unsere schwedischen Gesellschaften versorgt wird, auf Grund von Verhältnissen, die mit dem modernen Straßenbau und dessen Methoden zusammenhängen, eine schwere Absatzkrise fühlbar. Diese führte zur Anhäufung so großer Lagervorräte sowohl in Deutschland, als auch in Schweden, daß die Betriebe bereits beginnend mit August stark abgedrosselt werden mußten. Diese Maßnahme wirkte auf die Wirtschaftlichkeit derselben ungünstig ein, so daß auch unsere schwedischen Gesellschaften Gewinne nicht erzielen konnten. Allerdings kann ausgesprochen werden, daß mit Ausgang des Jahres auf allen eben berührten Gebieten eine Besserung eintrat."

Die allgemeinen ungünstigen Verhältnisse auf dem deutschen Pflastersteinmarkt des Jahres 1929 dürften, nach den schwedischen Arbeitslosenziffern zu urteilen, durch das schwedische Geschäft der Basalt-Aktien-Gesellschaft Linz a. Rh. einigermaßen ausgeglichen sein. Vielleicht gibt der Bericht für 1929 darüber Aufschluß. Doch schon die vorliegenden Angaben und Anzeichen genügen, um die Doppelrolle zu erkennen, die das genannte international konzernierte steinindustrielle Unternehmen spielt. Zweifellos sind in diesem Umstand auch die Schwierigkeiten zu suchen, zu einem Neuabschluß des Reichsarbeitsvertrages für die deutsche Pflastersteinund Schotterindustrie zu kommen, da die „Linzer" hervorragend am Abschluß und am bisherigen Funktionieren des Reichsarbeitsvertrages und seiner Schlichtungsordnung beteiligt waren. Die dem Linzer Konzern noch nicht angeschlossenen Unternehmen sehen in ihm nicht nur den deutschen, sondern auch den schwedischen Konkurrenten, gleichzeitig aber auch die Widersinnigkeit und Nutzlosigkeit ihres Protestes gegen die (zollfreie) Einfuhr schwedischer Pflastersteine, die ja im Interesse des größten deutschen steinindustriellen Unternehmens liegt. Wir können uns daher die kapitalistischen Interessenkämpfe im Unternehmerlager sehr lebhaft vorstellen.

Leider spielen sich die kapitalistischen Kämpfe immer auf dem Rücken der Arbeiter ab. Sie (die Arbeiter) können ihren Besitz (ihre Arbeitskraft) nicht beliebig verwerten, weil er an ihre Person, an die Heimatscholle gebunden ist. Dem Kapitalisten kann es gleich sein, ob er seinen Besitz in Deutschland, Frankreich, Holland oder Schweden usw. „arbeiten" läßt, ob er seine Dividende aus diesem oder jenem Lande oder noch lieber aus allen Ländern zugleich erhält. Der deutsche Arbeiter muß bestrebt sein, sein Brot in Deutschland, der schwedische Arbeiter in Schweden zu verdienen, was nur zu erreichen ist durch eine internationale Verständigung, durch eine planmäßige internationale Absatzregelung. Als Vorbedingung hierzu ist der kapitalistischen Internationale die Internationale der Arbeit entgegenzusetzen und an ihrem Ausbau mit aller Kraft weiterzuwirken. Demokratisierung der Wirtschaft ist die nationale und internationale Parole.

E. W.

Opposition oder geistig verkrüppelt

Seit Wochen versuchen die sogenannten Oppositionellen der Zahlstelle Strehlen, entsprechend der Moskauer Parole unter Anwendung aller bekannten Methoden und Zuhilfenahme ihres politischen Presseorgans, die Spaltung der Kollegenschaft weiter zu treiben. Den äußeren Anlaß nahmen sie aus den, wegen Besuch des oppositionellen Kongresses, bzw. Beihilfe hierzu, erfolgten Ausschlüssen mehrerer Mitglieder. Da die geistigen Fähigkeiten mangeln, ist es verständlich, daß mit ebenso dummen wie unwahren Behauptungen gegen die angestellten Kollegen gearbeitet wird. Daß man die Angestellten indirekt mit Absägen und Totschlagen bedroht, versteht sich von den politischen Eunuchen Moskaus ohne weiteres und ist schließlich auch nicht weiter tragisch zu nehmen. Geschildert sei aber nachstehend eine Begebenheit, die die geistige Verkrüppelung dieser Auch-Kollegen besonders erkennen läßt:

Nachdem die Ausgeschlossenen nebst Anhang die erste angesetzte Bezirksversammlung verhindert hatten, fand diese am 2. Februar statt. Wie erwartet, waren die Ausgeschlossenen wieder anwesend, desgleichen der Anhang, der zum größten Teil mittut, um sich eine Handhabe zur Beitragsverweigerung zu schaffen. Um zu vermeiden, daß die Entfernung dieser „Maulrevolutionäre" durch die Polizei erfolgen mußte, ließ ich mich vor Eröffnung der Versammlung auf eine Aussprache mit den Ausgeschlossenen ein. Unter anderem erklärte hierbei der „Führer" Andreassa, daß doch die von den Ausgeschlossenen begangenen Fehler nicht so groß seien, daß sie den Ausschluß aus dem Verbande rechtfertigten, und daß die betreffenden Kollegen fordern, weiterhin Mitglieder bleiben zu können. Hierauf gab ich die Erklärung ab, daß die Rückkehr zum Verbande ohne weiteres möglich sei, wenn sie die eigentlich selbstverständlichen Voraussetzungen erfüllten, nämlich vorbehaltlose Anerkennung der Statuten des Verbandes, des ADGB. und IGB., sowie Verzicht auf Beschickung und Besuch sogenannter oppositioneller Gewerkschaftskongresse. Hierbei bliebe ihnen unbenommen, in den Versammlungen und Konferenzen des Verbandes für ihre, wenn auch falschen und teilweise verbrecherischen Ziele, Ansichten und Methoden zu werben, solange sich die vernünftig denkenden Arbeiter damit traktieren lassen. Die Antwort des Oppoführers lautete: „Wir sollen also einen Kniefall tun!"

Die Anerkennung der Satzungen des Verbandes und seiner Zentralverbindungen wird also als Kniefall bezeichnet. Desgleichen das Verlangen an keinem, dem eigenen Verbandsinteresse entgegenwirkendem Kongreß teilzunehmen.

Angesichts solcher Sachlage darf man denn doch die Frage aufwerfen, ob man es bei diesen Kollegen noch mit vernünftig denkenden Menschen zu tun hat, bei denen es sich überhaupt lohnt, in gegenseitiger Aussprache eine Klärung zu suchen. Man kann doch nicht annehmen, daß sie selbst es für möglich hielten, daß eine Organisation mit einem Prozentsatz solcher Mitglieder auf die Dauer kampf- und bestandsfähig bleiben könnte.

Was leistet sich diese Sorte Revolutionäre? Anläßlich des letzten Streikes fordert man zur Bildung besonderer Kampfleitungen auf, gibt alle möglichen und unmöglichen Parolen heraus, hinterbringt den Unternehmern alles in den Konferenzen Besprochene und verrät dadurch die Kollegenschaft, die neben dem Verband das Opfer eines dadurch verlängerten Streiks zu tragen hat. Während und nach dem Kampf verleumdet man die leitenden Kollegen, lügt und schwindelt in der unglaublichsten Weise, obwohl jedem Idioten klar sein muß, daß dadurch die Geschlossenheit gefährdet wird. Die Kollegenschaft wird aufgefordert, die angestellten Kollegen zu verprügeln und aus der Versammlung zu verjagen, ganz abgesehen von all den Beschimpfungen, die ja den Hauptteil des sogenannten kpdistischen Klassenkampfes ausmachen. Gegnerische Kongresse werden beschickt und besucht, der Ortsangestellte des Verbandes wird bei Einberufung von Versammlungen ebenso übergangen, wie der Zahlstellenvorstand. Trotzdem faßt man Beschlüsse und verlangt in der Erkenntnis der eigenen Unfähigkeit deren Durchführung durch den Angestellten. Lehnt dieser ab, blödsinnigen Beschlüssen nachzukommen, so ist er ein Sozialfaschist, Verräter usw.

Die Oppodelegierten auf den Bezirkskonferenzen heißen einstimmig die Arbeiten der Verhandlungskommission gut, stimmen für vorgelegte Entschließungen, ziehen aber nach Rückkehr in den Kreis der Maulhelden über diese los und lassen kein Schmähwort über die anderen Konferenzteilnehmer unausgesprochen. Daß einer dieser Helden vor dem Arbeitgeber tatsächlich kniefällig um Wiedereinstellung bittet, daß einige mündlich und schriftlich wiederholt und unter eindringlichster Beteuerung, sich „hervorragend" gut führen zu wollen, um Anstellung als Meister nach kpdistischem Jargon als Kapitalsknechte bitten, daß die als Meister und Vorarbeiter angestellten Moskowiter die Arbeiter als faule Schweine, dumme Sau usw. titulieren und sich als die schlimmsten Antreiber erweisen, daß die vom Kpdführer zum Kleinkrauter gewordenen Radikalinski untertarifliche Löhne zahlen, den Urlaub verweigern und unbezahlte Ueberarbeit fordern und jedem Arbeiter mit der Entlassung drohen, der sich von harter Arbeit einige Minuten auszuruhen versucht, das alles scheint diesen Schädlingen der Arbeitersache nicht den Mut zu nehmen, die eigentlichen klassenbewußten und wirklich kämpfenden Arbeiter als Verräter und Faschisten zu beschimpfen. Sie wollen trotz allem nicht daran glauben, daß die Organisation im Interesse der Reinlichkeit und des Ansehens sich von solchem Gelichter befreien muß.

Wenn dabei ehrliche, aber verführte Kollegen mit erfaßt werden, so läßt sich das nicht in jedem Fall vermeiden. Vielleicht führen aber die getroffenen Maßnahmen dazu, daß sich diese Kollegen ernstlich überlegen, ob sie nicht doch politischen Wirrköpfen und Intriganten nachgelaufen sind, von denen sich zu befreien es endlich Zeit wäre. Wer aber auch dann nicht hören und überlegen kann oder will, der muß es fühlen, und letzteres wird im Falle Strehlen nicht alluzulange auf sich warten lassen. Man gebe aber nicht dem Verband und dessen Funktionären die Schuld, wenn der Schaden sich nicht genau auf die Urheber begrenzen läßt. Hiermit komme ich zu den sogenannten Sympathisierenden, Neutralen und Kampfmüden.

Wenn sich ein Häufchen Moskowiter überhaupt so wild gebärden kann, obwohl sie dem Unternehmer oder Angestellten gegenüber bei jeder Gelegenheit einknicken und versagen, so tragen m. E. die obigen drei Gruppen ein großes Teil Schuld. Während die Kpdisten wenigstens teilweise bewußt ihren Parteiparolen auch auf die Gefahr der Zerschlagung der Arbeiterbewegung folgen, läuft der Sympathisierende gefühlsmäßig den abgedroschenen Phrasen nach und berauscht sich an den, dem Lumpenproletariat entnommenen Beschimpfungen anderseingestellter Arbeiter. So spielt der Sympathisierende eine der traurigsten Rollen im Kampf um die wirkliche Befreiung der Arbeiterklasse und der Wahrung der örtlichen Interessen. Mitunter leistet er noch Beihilfe, indem er den Zwischenträger und Verdreher gefallener oder erfundener Aeußerungen macht usw., gleichfalls eine nicht beneidenswerte Rolle. Zusammengefaßt, weder warm noch kalt, von ehrlichen Kämpfern beider Richtungen gleich streng zu meiden und zu verachten.

Der sogenannte „Neutrale", ich fühle mich versucht, zu schreiben der „aus Feigheit Abseitsstehende", mimt eine nicht viel schönere Figur. Neutral im Sinne des Wortes ist und kann er nicht sein. Er kneift sozusagen, um Angriffen auszuweichen und seiner persönlichen Bequemlichkeit nicht hin und wieder entsagen zu müssen. Uebersieht, daß er dadurch verschuldet, daß dem Spuk und der im Kampf untereinander liegenden Tragik nicht über Nacht ein verdientes Ende bereitet wird. Fühlt sich über die Kampfhähne und Ziele hoch erhaben, ohne aber sein vermeintlich besseres Wissen leuchten zu lassen. Gibt notfalls beiden Teilen recht und verkriecht sich hinter seine „Neutralität". Diese Zahl der „Vorsichtigen" ist besonders in Strehlen sehr groß, deshalb dort die Verwirrung auch in größerem Ausmaß. Deshalb richte ich besonders an diese Kollegen die Aufforderung, dem für die gewerkschaftliche und politische Reinheit, für den Aufstieg der Arbeiterschaft kämpfenden Teil der Kollegen beizustehen, die Versammlungen zu besuchen und ihrer, der vernunftgemäßen Ueberlegung entspringenden Stellungnahme Ausdruck zu geben. Laßt nicht länger, wie bis jetzt, die Vertreter eurer Interessen und Meinungen allein, den Angriffen und Verleumdungen, ja der körperlichen Bedrohung ausgesetzt, sondern stellt eure Person, euer Wissen Seite an Seite mit den gewerkschaftlich geschulten Funktionären in den Kampf. Verbittet euch, daß körperliche und geistige Grünlinge, die das gewerkschaftliche ABC weder kennen, noch kennen zu lernen sich bemühen, die jahrzehntelang im Kampf bewährten Kollegen beschimpfen und bespeien. Schon euer Erscheinen in den Versammlungen verstopft diese Dreckmäuler. Seid nicht bloß Mitläufer, sondern Mitkämpfer! Rafft euch auf und schüttelt das stupide Hindämmern von euch!

Nun zu den Kampfmüden, die, angewidert von all der Roheit und täglich greifbaren Verleumdungsabsicht der kpdistischen Methode, in die Rolle des Zaungastes verfallen sind und mit der Faust in der Tasche den Kampf ihrer früheren Streitgenossen gegen ebenso unehrliche wie schmutzig kämpfende Aucharbeiter beobachten. Zugegeben, daß mitunter, angesichts solcher Gegner, der dem ehrlichen Arbeiter aufsteigende Ekel alles andere überwiegt und zeitweils an der Aufstiegsmöglichkeit und Würdigkeit der Arbeiterschaft Zweifel aufkommen lassen kann, zugegeben ferner, daß die Rücksicht auf Leib und Leben im Interesse der Familie vorübergehend lähmend wirken kann, anerkannt meinetwegen auch, daß es mitunter beschämend und sich selbst beschmutzend erscheinen mag, gegen besoffene, wie ein Vieh sich gebärdende Menschen zu kämpfen, schließlich und endlich noch zugestanden, daß es teilweise aussichtslos erscheinen mag, solch verrohte, ungezügelte und durch Alkohol zeitweise in Raserei verfallende Burschen zu überzeugen oder zumindest zur Beachtung der im gegenseitigen Meinungsstreit üblichen menschenwürdigen Kampfesweise zu erziehen, also all das in Rechnung gestellt, ergibt sich doch, daß kein ehrlich und vernünftig denkender Arbeiter das Recht hat, auf die Dauer den „Kampfmüden" zu spielen und die durch sein Ausscheiden verringerte Kämpferschar im Stich zu lassen. Was soll werden, wenn dadurch auch diese noch kampfmüde werden würden?

Würdet nicht ihr, die ihr zuerst ermüdet seid, diesen die größten Vorwürfe machen, wenn die Phrasendrescher Oberwasser gewinnen und in kurzer Zeit durch Feigheit und Beschränktheit im Kampf mit den Unternehmern alles verlieren würden, was ihr in Gemeinschaft mit euren, noch heute ehrlich kämpfenden Kollegen habt auf- und ausbauen helfen.

Wollt ihr die Frucht eurer, mitunter jahrzehntelangen Arbeit, von Dummköpfen und Querulanten kampflos vernichten lassen, um dann notgedrungen auf den übrig bleibenden Trümmern erneut den mühevollen Aufbau zu beginnen, vielleicht und wahrscheinlich dann gegen die, in mehr oder minder langer Zeit, beim Stahlhelm oder den Nazi landenden Gewaltanbetern?

Besinnt euch, bevor eure jahrzehnte alte und kampferprobte Zahlstelle zerrissen und kampfunfähig geworden ist.

Noch ist es Zeit, euer Wiedereintritt in unsere Kampfreihe in Gemeinschaft mit der Unterstützung der vermeintlich Neutralen, wird die wenigen Maulrevolutionäre und deren aus Dummheit und Beitragsscheu gebildeten Anhang wie einen bösen Traum verscheuchen. Deshalb an die Front ihr alle, die ihr euch innerlich mit uns verbunden fühlt, fort mit Feigheit, Bequemlichkeit und Ermüdung. Der dann sehr rasch einsetzende Gesundungsprozeß wird euch für die Mühe mehr als genügend Anerkennung und Dank sein. Nicht zuletzt aber liegt eure Mitarbeit auch in eurem eigenen materiellen Interesse, denn die Zerschlagung der örtlichen Organisation wird unausweibar eure Existenzmöglichkeit verschlechtern.

Wirkt und arbeitet für die Zukunft und ehrliches Streben, wahrt, was die Voraussetzung für alles in eurem Interesse Liegende ist, die Geschlossenheit und Schlagkraft innerhalb des Zentralverbandes der Steinarbeiter.

X. S.

Das Selbstverwaltungsrecht in der Sozialversicherung

Allgemein bekannt ist, daß die Träger unserer Sozial- oder Arbeiterversicherung Körperschaften mit Selbstverwaltung sind. Sehr viele Versicherte werden sich dagegen kein klares Bild davon machen können, was unter „Selbstverwaltung" eigentlich zu verstehen ist. Es erscheint deshalb angebracht, den Begriff der Selbstverwaltung einmal kurz zu erläutern. Dies ist um so notwendiger, als ja gerade diese Selbstverwaltung den Gegnern unserer Arbeiterversicherung ein Dorn im Auge ist. Ja, man kann sogar behaupten, daß diese Kreise weniger die Sozialversicherung als solche bekämpfen, sondern viel mehr die ihnen so verhaßte Selbstverwaltung. Haben sie diese erst einmal eingeschränkt oder etwa gar abgeschafft, dann ist mit dem Rest der Versicherung schnell und leicht fertig zu werden.

Wie bereits erwähnt, sind sämtliche Versicherungsträger Selbstverwaltungskörper des öffentlichen Rechtes. Eine Ausnahme machen hiervon nur die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte (Angestelltenversicherung) und die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosendersicherung. Die Selbstverwaltung besteht darin, daß sich die Versicherungsträger im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften (Reichsversicherungsordnung) selbst verwalten. Diese Selbstverwaltung ist in der geschichtlichen Entwicklung unserer Versicherungszweige begründet. Man darf nur zurückdenken, daß die ersten Krankenkassen, Unterstützungskassen usw. von den Arbeitern selbst ins Leben gerufen und unterhalten worden sind. Man hat deshalb bei der obligatorischen (gesetzlichen) Einführung der Versicherungseinrichtungen die Arbeiter nicht einfach beiseite schieben können, sondern mußte ihnen eben neben den Pflichten der Beitragsaufbringung auch Rechte in der Verwaltung dieser Mittel einräumen. Zweck der Selbstverwaltung ist, den Trägern derselben volle Bewegungsfreiheit innerhalb der durch Gesetze gezogenen Grenzen zu lassen. Der Staat überträgt die verwaltungsmäßige Durchführung einer Aufgabe, die eigentlich von ihm wahrgenommen werden könnte, einem besonderen Verwaltungskörper (in unserem Falle Versicherungsträger). Innerhalb der Selbstverwltung haben die Versicherungsträger das Recht, sich ihre Gesetze (Satzungen, Krankenordnungen, Dienstordnungen usw.) selbst zu geben. Auch sonst haben sie in der Verwaltung und Durchführung der ihnen zugewiesenen Aufgaben vollkommen freie Hand. Sie sind in der Erhebung und Verwendung der Mittel unabhängig, können Angestellte nach ihrem Gutdünken beschäftigen, Verwaltungsgebäude errichten und unterhalten. Kurzum ihnen ist vollkommen freie Hand gelassen. Dafür, daß diese Selbstverwaltung nicht mißbraucht wird, sorgt die Aufsicht des Staates. Der Staat beaufsichtigt durch die Versicherungsbehörden (Reichsversicherungsamt, Oberversicherungsämter, Versicherungsämter) die Versicherungsträger. Dies geschieht durch Kontrollen, Revisionen, Einfordern der Rechnungsabschlüsse usw. Außer der Aufsicht hat sich der Staat eigentlich als vornehmeres Recht noch die Gesetzgebung in allen Sozial-Versicherungsangelegenheiten vorbehalten. Doch auch hier ist den Versicherungsträgern noch ein Spielraum gelassen. Sie können der oft nicht ausreichenden Gesetzgebung in bezug auf die Leistungsgewährung durch Einführung freiwilliger Mehrleistungen etwas nachhelfen. Die Selbstverwaltung hat aber noch einen andern guten, nicht zu unterschätzenden Vorteil, die Versicherten werden zur selbstverantwortlichen Mitarbeit herangezogen. Man kann ruhig behaupten, daß erst durch die Selbstverwaltung die Arbeiterversicherung zu ihrer heutigen Größe und Leistungsfähigkeit gelangt ist.

Nachdem so der Begriff der Selbstverwaltung kurz umrissen ist, soll in den nächsten Zeilen der Stand derselben in den einzelnen Versicherungszweigen kurz besprochen werden. Da zu den Beteiligten an der Versicherung nicht nur die Versicherten selbst, sondern auch die Arbeitgeber gehören, ist ihnen in den verwaltenden Organen der Versicherungsträger auch Sitz und Stimme bewilligt worden. Zu erwähnen sei, daß die Selbstverwaltung auch in der Reichsverfassung festgelegt ist. Es heißt in deren Artikel 161: „Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechselfällen des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten." Verfassungsgemäß ist demnach den Versicherten die Verwaltung der Versicherungszweige garantiert. Wie weit ist dies in der Praxis durchgeführt? Welchen Anteil an der Verwaltung haben die Arbeitgeber? Es herrscht in der Arbeiterversicherung der Grundsatz, daß der Schlüssel der Beitragsaufbringung gleichzeitig der Schlüssel für die Verteilung der Sitze zwischen Arbeitgebern und Versicherten in den Organen ist.

In der Krankenversicherung ist die Mitwirkung der Versicherten am besten ausgeprägt. Diese haben in den Organen zwei Drittel der Sitze, die Arbeitgeber dagegen nur ein Drittel. Die Arbeitnehmer haben dadurch maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung der Krankenversicherung. (Eine Ausnahme bilden hier die Betriebs- und Innungskassen, bei denen das Mitbestimmungsrecht der Versicherten arg eingeschränkt ist.) Aus diesem Grunde wirkt sich der Kampf der Versicherungsgegner auch am meisten gegen die Krankenkassen aus.

Die Invalidenversicherung hat, da die Beiträge je zur Hälfte aufgebracht werden, die Sitze in den Organen geteilt zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Jede Gruppe hat hier die Hälfte der Sitze inne. Eingeschränkt ist jedoch bei diesem Versicherungszweig das Selbstverwaltungsrecht dadurch, daß in den Vorständen der Landesversicherungsanstalten auch beamtete Mitglieder (Vorsitzende) sitzen, die natürlich leicht die Beschlußfassung und damit die Verwaltung nach ihrem Sinne beeinflussen können. (Diese Auffassung wird in der Praxis auch bestätigt.) Zur Unfallversicherung haben die Arbeiter nichts zu zahlen, und damit auch nichts zu sagen. Die Arbeitgeber beherrschen diesen Zweig der Sozialversicherung vollkommen allein. Nur zur Feststellung der Entschädigungen und zur Aufstellung der Unfallverhütungsvorschriften müssen Versicherte zugezogen werden. Sie dienen aber hier — wie ja leicht erklärlich ist — nur als Staffage. Alle Bestrebungen der Arbeitnehmer, auch in der Verwaltung der Unfallversicherung Eingang zu finden, sind bis jetzt gescheitert.

Die Arbeitslosenversicherung als jüngster Zweig unserer Sozialversicherung hat bezeichnenderweise wieder eine gemischte, oder besser gesagt, beschränkte Selbverwaltung. In den Verwaltungsausschüssen, als den maßgebenden Körperschaften, sitzen zu gleichen Teilen Vertreter der Versicherten, der Arbeitgeber und auch Vertreter der öffentlichen Körperschaften. Außedem kommen hierzu noch die beamteten Vorsitzenden.

Diese Ausführungen zeigen, daß in der Krankenversicherung die Versicherten wirklich maßgebenden Einfluß haben. In den übrigen Versicherungszweigen läßt dieser aber mehr oder minder zu wünschen übrig. Wenn unter den heutigen Verhältnissen auch gar nicht daran zu denken ist, hier Aenderungen zu unsern Gunsten zu schaffen, so müssen wir erst recht auf der Hut sein, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer nicht noch mehr eingeschränkt wird.

Kl—s.

Notwendige Erweiterung der Krisenunterstützung

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt nimmt in den Innen- und in den Außenberufen trotz des bisher günstigen Wetters immer bedrohlichere Formen an. Die Zahl der Arbeitslosen steigt dauernd; Daneben wächst die Zahl der Ausgesteuerten täglich. Nur ein Bruchteil von letzteren kann auf Grund der derzeitigen Bestimmungen über den Personenkreis die Krisenunterstützung beziehen. Grundsätzlich ausgeschlossen sind Jugendliche unter 21 Jahren und während der Dauer der berufsüblichen Arbeitslosigkeit die Angehörigen der sogenannten Saisonberufe, zu denen nach dem Berufskatalog mit Unrecht auch die Arbeitnehmer in der Natursteinindustrie gerechnet werden. Die Landesarbeitsämter haben zwar die Ermächtigung, unsere Kollegen aus der Sonderfürsorge herauszunehmen und in die Krisenfürsorge aufzunehmen. Ein Teil der Landesarbeitsämter ist unseren diesbezüglichen Anträgen in ziemlichem Umfang gefolgt. Ein anderer Teil hat hinsichtlich der Sonderfürsorge sehr zurückhaltende Entscheidungen getroffen und die Zulassung zur Krisenunterstützung ganz abgelehnt. Die Folge der mangelhaften Entscheidungen über die Sonderfürsorge und die Nichtzulassung zur Krisenunterstützung machen sich in sehr bedenklichem Maße bemerkbar. Nach der statistischen Erhebung von Ende Dezember 1929 waren reichlich 10 Prozent unserer arbeitslosen Kollegen nicht mehr in dem Genuß der Arbeitslosenunterstützung, entweder weil sie ausgesteuert oder die Anwartschaft zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung in diesem Jahre nicht erwerben konnten. Nur etwa 30 Prozent dieser außerhalb der Unterstützung Stehenden können auf Grund der Entscheidungen der Landesarbeitsämter die Krisenunterstützung beziehen. Die restlichen 70 Prozent sind auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen! Aehnlich, ja teilweise bedeutend schlimmer, wie in unserer Industrie liegen die Verhältnisse in den übrigen baugewerblichen Berufen. Auch hier konnten großen Massen infolge der dauernd ungünstigen Arbeitsmarktlage die Anwartschaft nicht erwerben, andere Teile sind inzwischen ausgesteuert. Diese Entwicklung des Arbeitsmarkts zwingt zur Ausdehnung der Krisenunterstützung auf diese Berufskreise

Die baugewerblichen Verbände richteten deshalb am 14. Januar eine gemeinsame Eingabe an das Reichsarbeitsministerium, in der die allgemeine Ausdehnung der Krisenunterstützung für ihre Berufe gefordert wurde. Eine auf Grund dieser Eingabe vom Arbeitsministerium angesetzte Aussprache, in der die Forderung nochmals begründet und zugleich auch die Einbeziehung der Jugendlichen unter 21 Jahren gefordert wurde, brachte kein positives Ergebnis. Allseitig wurde dabei betont, daß die große Arbeitslosigkeit in den Bau- und Baunebenindustrien in diesem Jahre keinesfalls auf Witterungseinflüsse, sondern nur auf Konjunkturrückgang zurückzuführen ist, weshalb für diese Berufsschichten die schon hinsichtlich der allgemeinen Unterstützung während der Wintermonate schlechter gestellt sind, eine Gleichstellung mit den übrigen Industriegruppen bei Gewährung der Krisenunterstützung erfolgen müsse. Auch der Reichsarbeitsminister mußte anerkennen, daß die Notlage der Ausgesteuerten und nicht Krisenunterstützungsberechtigten außerordentlich drückend ist. Er erkennt die Notwendigkeit einer Hilfeleistung an, die ihm aber anderseits durch seine beschränkten Etatsmittel unmöglich gemacht wird.

Eine Entlastungsaktion zugunsten der Ausgesteuerten und nicht Krisenunterstützungsberechtigten ist aber unbedingt erforderlich. Sie wird sicher auch Geld kosten, was den Gewerkschaften ebenfalls nicht unbekannt ist. Der Staat darf sich aber trotzdem seiner Verpflichtungen nicht entziehen. Die hierzu notwendigen Mittel müssen trotz der schwierigen Finanzlage des Reiches aufgebracht werden. Es geht nicht an, diese bedauernswerten Opfer der Wirtschaft an die Städte und Gemeinden zu verweisen, die schon jetzt die sonstigen Lasten kaum zu tragen vermögen. Die große Notlage, die durch die außerordentlich ungünstige Arbeitsmarktlage entstanden, ist eine Angelegenheit der Allgemeinheit. Die Mittel zur Abstellung müssen daher auch von der Allgemeinheit aufgebracht werden. Dieses ist nur möglich durch das Reich. Es muß deshalb dringend gefordert werden, daß sich der Reichstag umgehend mit der Erweiterung der Krisenunterstützung beschäftigt und dafür sorgt, daß dem Sozialetat des Reichsarbeitsministeriums die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit er den Bestimmungen des § 101 des AVuAVG entsprechend bei der vorhandenen „andauernden besonders ungünstigen Arbeitsmarktlage" der Bau- und seiner sonstigen Nebenindustrien Rechnung tragen kann durch Einbeziehung dieser Berufe in die Krisenunterstützung.

Wch.

Von den Gefahren der Steinbruchsarbeit. Im Steinbruch zu **Dransfeld** waren am 3. Februar zwei Kollegen von uns mit Lorenladen beschäftigt, als sie in der Höhe der nahen Felswand ein Geräusch von Abbröcklungen vernahmen und sich schnell rechts und links in Sicherheit zu bringen versuchten. Den nach rechts ausweichenden Kollegen August Rinke streckte jedoch ein herabfallender Stein zu Boden; ohne das Bewußtsein wiederzuerlangen starb er nach zwei Stunden in der Göttinger Klinik. — Nach Mitteilungen, die an uns von der Zahlstellenverwaltung gegeben wurden, sind hier alle Vorsichtsmaßregeln beachtet worden. Die Loslösung der Steinbrocken wird auf Witterungseinflüsse (Frost) zurückgeführt, so daß die Betriebsleitung keine Schuld trifft. Dieser Vorgang ermahnt die Kollegen erneut zur größten Vorsicht. Denn die Witterungseinflüsse, wie Frost, Tauwetter, Regen, sind für die Steinbrucharbeiter gefährliche Beigaben.

Verbandstreue. Am 22 Februar 1930 ist der Rammer Heinrich Lüdemann in **Hamburg** 40 Jahre Verbandsmitglied und 30 Jahre Hilfskassierer der Steinsetzer; auch hat er mehrere Jahre dem Zahlstellenvorstand angehört, war Delegierter auf den Verbandstagen der Steinsetzer in Mainz und in Braunschweig. Gaukassierer war der Kollege für Nordwest vom 1. Oktober 1904 bis 1. Mai 1907. Unser Jubilar blickt auf eine umfangreiche gewerkschaftliche Tätigkeit zurück, dessen er sich gern erinnern wird.

In **Köln** blickt der Kollege Joseph Hoffmann, in **Seussen** der Kollege Moritz Schmidt, in **Bützow** der Kollege Oskar Neubert, in **Nienstädt** der Kollege Wilhelm Röbke auf eine ununterbrochene 25jährige Mitgliedschaft zurück. Den Jubilaren gebührt Dank für ihre bewiesene Treue.

Kolberg. Unsere Generalversammlung der Berufsgruppen Steinsetzer und Steinschläger fand am 12. Januar d. J. statt. Die Versammlung, die gut besucht war, nahm längere Zeit in Anspruch. Nach Verlesung der Präsenzliste und des Protokolls von voriger Versammlung gab der Vorsitzender Kautz den Bericht vom 4. Quartal 1929, und von der letzten Ortsausschußsitzung. Auch die eingegangenen Schreiben wurden verlesen. Besondere Diskussion fand darüber nicht statt. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Stundenlohn vom 1. Januar sich in unserem Tarifbezirk für alle Berufsgruppen um 6 Pf. erhöht hat. Anschließend kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen einigen Kollegen der Steinsetzergruppe. Bei der Bücherkontrolle entspann sich eine große Debatte, da mehrere Kollegen von der Steinschlägergruppe ihre Pflicht nicht als Mitglied getan hatten. Sie hatten 11—16 Beitragsmarken zu 80 Pf. für das Jahr 1929 geklebt. Es kam auch hierbei zu einer längeren Aussprache. Wie doch jeder Kollege weiß, muß jeder Arbeitslose, wenn er in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung kommen will, 26 volle Wochen gearbeitet haben. Dies trifft für die betreffenden Steinschläger zu. Auch die höchsten Unterstützungssätze 7 und 8 werden in Anspruch genommen. Wie vereint sich das zusammen? 26 volle Arbeitswochen dem Arbeitsamt anzugeben, und nur 11—16 Beitragsmarken zu kleben? Da sich nun der Stundenlohn um 6 Pf. erhöht für dies Jahr, und dementsprechend auch höhere Beitragsmarken geklebt werden müssen, stellte ein Kollege der Steinschlägergruppe den Antrag, in diesem Jahre Beitragsmarken zu 60 Pf. zu kleben, worauf aber die meisten seiner Kollegen den Antrag für nicht recht angebracht erklärten und Beitragsmarken zu 80 Pf. weiterkleben wollen. Durch diese angeführten Tatsachen äußerten sich mehrere Kollegen der Steinschläger, daß sie, solange sie dem Verbande angehörten, keine Arbeit bekämen, und der Verband nur schädigend für sie wäre. Die Erwiderung hierauf war von Kollegen der Steinsetzer, das das ja eine merkwürdige Auffassung sei, sie sollten dann doch lieber dem Verbande den Rücken kehren.

Insterburg. Am 12. Januar Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassen- und Kartellbericht. 3. Wahlen. 4. Verschiedenes. Die Versammlung war von 43 Mitgliedern besucht. Außerdem war unser Bezirksleiter, Kollege Kasper, Königsberg, anwesend. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß eine gute Agitation innerhalb der Filiale betrieben wurde, denn die Mitgliederzahl ist seit Januar 1929 von 33 auf 83 gestiegen. Nur der Versammlungsbesuch läßt zu wünschen übrig. Kollege Kasper sprach über die schlechte Konjunktur im Steinsetzgewerbe. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß dank getroffener Maßnahmen es 1930 für unser Gewerbe günstiger werde. Kollege Demant erteilte den Kartellbericht und gab wertvolle Aufklärung über Erwerbslosenversicherung und -fürsorge. Dann wurden die Wahlen vollzogen. Diese hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kollege Gottlieb Meyer; 2. Vors. Otto Ernst; 1 Kassierer Kollege Franz Schattling; Schriftführer Koll Otto Behrendt. Zu Kassenrevisoren wurden die Kollegen Hermann Bauszus und Albert Bartschat gewählt. In „Verschiedenes" wurde vom Kollegen Demant ein Antrag eingebracht, daß Kollegen, die ihre Verbandsbücher verfallen lassen, beim Wiedereintritt eine Buße von 20 Mark zahlen. Dieser Antrag wurde angenommen. Nachdem noch kleine Anfragen erledigt waren, war Schluß.

Düsseldorf. Am 17. Januar 1930, tagte im Volkshaus unsere gutbesuchte Generalversammlung. Kollege J. Koch gab den Jahresbericht, wonach im letzten Jahre 18 Versammlungen und 24 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Drei Lohnbewegungen wurden mit Erfolg durchgeführt. Es wurde eine Jugendgruppe gebildet, die im neuerbauten Jugendheim regelmäßig die von uns eingeführten Kurse besucht. Wichtig ist noch die Abtrennung der Steinsetzersektion, die als Zahlstelle II eine eigene Filiale errichtet hat. Taktische Gründe waren die Veranlassung und hoffen wir, daß beide Zahlstellen jetzt einen regen Wettbewerb antreten, um das Bestmöglichste für das Wohl ihrer Mitglieder herauszuholen, denn im kommenden Jahre stehen uns schwere Kämpfe bevor. Kollege Dittmann gab den Kassenbericht, ihm wurde auf Antrag Entlastung ausgesprochen. Der Kassenbestand der Lokalkasse ergibt 1 969,69 Mark,nachdem wir an die Steinsetzersektion 650 Mark abgeführt haben. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Koch als Vorsitzender und Kollege K. Dittmann als Kassierer wiedergewählt. Als Schriftführer Kollege P. Montermann. Als Revisoren die Kollegen F. Barth und J. Franken. Jugendleiter wurde der Kollege E. Hoffmann. In „Verschiedenes" wurden einige interne Angelegenheiten erledigt. An die Bildhauer erging die Mahnung, sich in Zukunft besser dem gewerkschaftlichen Rahmen einzufügen, denn nur dann können wir die bestehenden Mißstände beseitigen. Ferner muß der Bildhauertarif von Grund auf erneuert werden, damit dieser eine rechtliche Handhabe bietet. Fast sämtliche Bildhauer am Ort sind arbeitslos. Es sei noch erwähnt, daß Kollege Koch als Delegierter in den Unterausschuß der kommunalen Friedhofsberatungsstelle gewählt wurde. Hoffen wir, daß es ihm gelingt, zum Wohle der Kollegen in der Grabmalsbranche nur Ersprießliches zu leisten. Nun, Kollegen, ans Werk! Der letzte Versammlungsbesuch berechtigt zu der Hoffnung, daß es uns im neuen Jahre gelingen möge, das gesteckte Ziel: bessere Lohn- und Arbeitsbedingungoen zu erreichen.

München. Die 390 Mitglieder umfassende Zahlstelle weist zahlreiche Arbeitskollegen auf, die der Organisation in unverbrüchlicher Treue ein Vierteljahrhundert lang angehören. Die Jubilarfeier am 25. Januar im vollbesetzten Saale des Gewerkschaftshauses zeigte das erneut. Der Vorsitzende würdigte in seiner Begrüßungsansprache kurz die Bedeutung der Feier und sprach den Jubilaren den Dank für ihre Treue aus, mit dem Wunsche, daß sie recht bald den Tag erleben möchten, an dem das Ziel des Sozialismus erreicht sei. Dieses Ziel könnte nur errungen werden, wenn Alte und Junge Schulter an Schulter unter dem Banner der Freien Gewerkschaften marschieren!

Die Festrede hielt Kollege Hermann Linke-Leipzig. Er überbrachte Grüße des Verbandsvorstandes und hielt Rückschau auf die Zeit, in der die Jubilare ihre gewerkschaftliche Laufbahn begannen. Die Menschheit sei heute etwas vergeßlich geworden und denke an das, was man früher erlebte, erstrebte und erkämpfte und erfolgreich gestaltete, nicht mehr gerne zurück. Die Aenderungen in den Arbeitsverhältnissen und in der Sozialgesetzgebung seien nicht über Nacht gekommen, sondern von der Arbeiterschaft selbst erkämpft worden. Der Lohn galt früher als ein Reservatrecht der Arbeitgeber und erst durch die freigewerkschaftliche Organisation und den Tarifvertrag war es möglich, mitzureden und mitzubestimmen. Heute sei die Tariffrage gesetzlich geregelt, vor 25 Jahren mußte man um den Tarifvertrag selbst kämpfen und nicht nur um die Höhe des Lohnes wie heute. Im Jahre 1905, als die Jubilare in die Gewerkschaft eintraten, wurde für Münchener Steinmetzen ein Stundenlohn von 56 Pfennig bezahlt, unter den damaligen Verhältnissen keine menschenwürdige Entlohnung. Hier setzte der Kampf durch die Gewerkschaft ein. Von Jahr zu Jahr, von Tarifperiode zu Tarifperiode erhöhte sich der Lohn und beträgt heute 1,46 Mark. Im Jahre 1902 wurde dank dem Wirken der alten Kollegen für die Sandsteinarbeiter zum erstenmal in Deutschland der Achtstundentag festgelegt. Die durch die Organisation erkämpfte Verkürzung der Arbeitszeit drücke sich kultur- und gesundheitsfördernd gerade beim Steinarbeiter aus, dessen Lebensdauer früher bei einer täglichen Arbeitszeit von elf bis zwölf Stunden und infolge des gesundheitsschädigenden Steinstaubes sich höchstens auf 38 bis 40 Jahre erstreckte. Auch die Versicherungsgesetzgebung habe sich in ihrer jetzigen Gestalt nicht ohne Kämpfe entwickelt. Die auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit fußende Unterstützung in Not, Krankheit und Sterbefällen wurde erst von den Arbeitern in den Gewerkschaften gepflegt. Der Staat hat das System übernommen, und man ist nicht unbescheiden, wenn man sagt, daß hier die Gewerkschaften die Lehrmeister des Staates gewesen sind. An die junge Generation richtete der Redner den Appell, dem Beispiel der Alten zu folgen und dem gewerkschaftlichen Ziel mit der gleichen Kraft und Hingabe zuzustreben. Die Erhaltung der Einheit sei der Impuls aller Erfolge. In das dreimalige Hoch auf die Jubilare stimmten die Anwesenden begeistert ein.

Namens der gesamten Kollegenschaft der freien Gewerkschaften überbrachte der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB.), Ortsausschuß München, Stadtrat Gustav Schiefer, herzliche Grüße. Wenn man die Geschichte der Münchener Gewerkschaften durchblättere, finde man schon im Jahre 1895 Steinsetzer, Pflasterer, Steinmetzen und Steinarbeiter verzeichnet. Er gedachte dabei auch des früheren Ortsvorsitzenden, jetzt invaliden Kollegen Erlacher, der bei dem Streik am alten Rathaus im Jahre 1899 in der Verhandlungskommission saß. Auch Genosse Schiefer richtete an die junge Generation den Appell, sich in die Organisation vollzählig einzureihen.

Den 36 Jubilaren, die mit ihren Familienangehörigen an geschmückten Tafeln Platz genommen hatten, wurde in Anerkennung ihrer treuen und ununterbrochenen 25jährigen Mitgliedschaft vom Verbandsvorstand ein künstlerisch ausgeführtes Gedenkblatt gewidmet. Ferner erhielten die drei Schleiferkollegen das Werk über Karl Legien, die 29 Steinarbeiterkollegen das Buch des Genossen Rudolf Wissell über der alten Steinmetzen Recht und Gewohnheiten und die vier Plasterer den ersten Band der Geschichte der Steinsetzerbewegung von Alexander Knoll. Für die Jubilare dankte Steinmetz Johann Grabmeier, für die Pflasterer im besonderen Ludwig Dietl.

Der gesellige Teil des Abends wurde bestritten durch freiorganisierte Musiker unter Leitung von Jakob Stegner und durch Mitglieder der Internationalen Artistenloge.

Köthen. Am 19. Januar d. J. eröffnete Gauleiter Göhre die Konferenz unter Bekanntgabe der Tagesordnung. Delegierte waren vertreten von Dessau, Bernburg, Köthen, Güsten, Barby, Kalbe und Schönebeck, keine Vertreter hatten entsandt Staßfurt, Zerbst, Aschersleben und Koswig, ein Gast war von Magdeburg anwesend. Der Gauleiter schilderte zu Punkt 1 und 2 die allgemeine Lage; unter anderm wurde die Akkordarbeit eingehend kritisiert und die Namen der betreffenden Kollegen bekanntgegeben. Es ist doch ein schweres Verhandeln, wenn es immer Außenseiter gibt, die sich nicht fügen wollen. Ueber die Neuschaffung des Reichstarifvertrages konnte an Hand von Entwürfen festgestellt werden, daß von den Arbeitgebern viele Verschlechterungen vorgesehen sind. Die Konferenz war sich bewußt, daß den Verhandlungsteilnehmern noch ein gewaltiges Stück Arbeit bevorsteht. Zu Punkt 3 wurde mitgeteilt, daß nach langen Verhandlungen nun von den Arbeitgebern der Bezirkstarif nebst seinen drei Nachträgen gekündigt ist, trotzdem Nachtrag III bis 31. Dezember 1930 läuft und für rechtsverbindlich erklärt wurde. Ein Zeichen, daß die Unternehmer den Kampf wollen; sind doch schon Differenzen mit einigen Arbeitgebern vorhanden. Da Anhalt aus dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband ausgetreten ist, wurde von der Konferenz einstimmig beschlossen, sofort Tarifverhandlungen mit der Innung zu fordern. Zu Punkt 4 „Unterstützungswesen im Verband", legte Gauleiter Göhre die Gründe dar, warum auf dem Verbandstage die Invalidenunterstützung gescheitert war. An Hand von Zahlen machte der Gauleiter der Konferenz klar, daß es möglich ist, ohne große Geldopfer der Mitglieder die Invalidenunterstützung einzuführen. Es wurde den Delegierten mit auf den Weg gegeben, in ihren Mitgliederversammlungen dahin zu wirken, daß bei der Urabstimmung der Antrag durchkommt. Zur Lehrlingsfrage konnte einiges richtiggestellt werden. Hauptsächlich soll den Lehrlingen bei Berufsfragen von den Gesellen mehr Unterstützung zuteil werden. Die Abrechnung der Wohlfahrtskasse wurde gegeben. Es konnten alle eingezahlten Gelder zur Auszahlung gelangen, da die Unkosten durch die Strafgelder gedeckt werden konnten. Die Abrechnung der Bezirkskasse schloß mit über 300 Mark ab; ein Zeichen, daß gut gewirtschaftet worden ist. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Aus dem Bezirk Anhalt scheiden die Filialen Staßfurt, Kalbe und Schönebeck aus; diese kommen zum Bezirk Magdeburg, weil die Zahlstellen von dort besser erfaßt werden können. Gewählt wurden in die Wohlfahrtskommission Höhne (Dessau), Fröbe (Bernburg), Geithe (Köthen). Schlichtungskommission, gleichzeitig Lohnkommission: Böttcher (Bernburg), Krimmling (Dessau), Geithe (Köthen). Nach einem Schlußwort des Gauleiters Göhre wurde die Konferenz um 14 Uhr geschlossen. (Red.: Warum nur den Bericht auf beiden Seiten beschreiben? Das weitere Blatt war leer! —)

Breslau II. Unsere Generalversammlung, die am 12. Januar 1930 stattfand, wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Grobba eröffnet und die Tagesordnung mitgeteilt. Daraufhin wurden die Jahresberichte des Vorsitzenden, Kassierers, Jugendleiters und der übrigen Funktionären gegeben. Aus dem Bericht des Vorsitzenden wurde bekannt, daß der Schlesische Arbeitgeberverband für das Steinsetzgewerbe am 3. 1. 1930 in einer Breslauer Zeitung die Kündigung des Lohnabkommens zum 31. März 1930 bekannt gegeben hat. Die Arbeitgeber schrieben, weil die sozialen Lasten in den Betrieben dauernd im Steigen begriffen sind. Denken die Herren, die wirtschaftliche Lage hat sich bei den Arbeitnehmern gebessert? Nein, im Gegenteil. Man sieht in den letzten zwei Jahren bei den Arbeitgebern neue Privat-Autos, Lastzüge usw. Die Arbeitnehmer konnten, als sie Ende 1929 mit der Arbeit fertig waren, keine neuen Arbeitshemden, Arbeitshosen und warme Fußbekleidung aufweisen. Die Lohnkommission wird in den Verhandlungen ihren Mann stellen! Die Großstadt Breslau, über 600 000 Einwohner, hat in unserem Gewerbe die schlechtesten Löhne. Auf der letzten Konferenz in Liegnitz wurde leider eine Einigung nicht erzielt zwischen Görlitz und Breslau. Görlitz hat seit mehreren Jahren 10 Pfg. pro Stunde mehr. Im Frühjahr muß das Verhältnis auf alle Fälle anders werden.

Heiligenbeil. Am 11. Januar 1930 war Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung wurde der Jahres- und Kassenbericht erledigt. Nachdem wurde dem Kassierer Entlastung erteilt und Dank ausgesprochen für seine Arbeit. Vier Kollegen konnten dem Zentralverband neu zugeführt werden. Die Versammlung erkannte die Arbeit des bisherigen Vorstandes dadurch an, daß die Wiederwahl einstimmig vor sich ging. Bei Verschiedenes kam es zu einer lebhaften Aussprache. Den Kollegen, die einer Versammlung unentschuldigt fernbleiben, wird eine Buße von 2 Mark in die Lokalkasse auferlegt. Bei Wiedereintritt in den Verband müssen 15 Mark extra in die Lokalkasse gesteuert werden Nachdem noch einige örtliche Fragen behandelt waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Steniarbeiter geschlossen. Dem folgte ein gemütlicher Teil, der alle Kollegen noch für einige Stunden vereinte.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

Gesperrt:

1. Gau: In Greifenberg (Pomm.) die Steinsetzfirmen Riepert, Wagner, Drescher, Segebarth.

2. Gau: In **Gleiwitz** die Granitschleiferei Fa. Jakobowitz, Inhaber Jo. B. Mahler. — In **Liegnitz** die Fa. Herm. Wagner für Steinmetzen.

3. Gau. In **Beiersdorf**, Bez. Löbau, Fa. Herm. Jeschke, Granitwerk.

5. Gau: In **Hiddesen** die Firma Schneidewind.

6. Gau: **Odenwaldbezirk** (Werkstein- und Pflastersteingruppe). — In **Billingen** das Schotterwerk Fröschel & Sohn. Kann keinen Lohn zahlen.

11. Gau: In **Bad Oldesloe** die Tiefbaufirma Schulz. (Dort bekommen die Steinsetzer und Berufsgenossen keinen Lohn.)

*

Zur Beachtung: Von **Sperren usw.** muß der Redaktion mindestens im **Zwischenraum** von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst **unterbleibt** die weitere Bekanntmachung.

Rundschau

Eine Hand wäscht die andere. Umsonst **haben die Unternehmer** nie das Bedürfnis, Geld auszugeben. Bei Lohnverhandlungen singen sie den Arbeitervertretern das Lied „ihrer Not" in den schönsten Tönen vor. Diese klugen Leute bauen für die Zukunft vor, indem sie Organisationen unterstützen, die zum größten Teil aus Arbeitern bestehen, die dort im volksgemeinschaftlich-werksgemeinschaftlichen Sinne beeinflußt werden. Mit so erzogenen Arbeitern hat der Unternehmer leichtes Spiel. Ein Rundschreiben des Vorsitzenden vom Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband für Zeulenroda (Thür.) u. Umgebung vom 1. Oktober 1929 an die Mitglieder dieses Verbandes deckt einen der Subventionskanäle auf. Es heißt da:

„Ich weiß, daß jeder von uns Arbeitgebern schwer mit der Wirtschaftslage kämpft. Ich weiß aber auch, daß die Vernachlässigung der Ertüchtigung unserer Jugend im Sinne der Deutschen Turnerschaft unsere Lage noch mehr verschlechtert."

In Anerkennung der Dienste, die die Deutsche Turnerschaft den Unternehmern leistet, werden die Verbandsmitglieder aufgefordert, laufend vierteljährlich 50 Mark für den Turnhallenbau des Deutschen Turnvereins in Zeulenroda zu zahlen. Die Notwendigkeit der Zahlungen wird noch damit begründet, daß die Freie Turnerschaft in Zeulenroda schon in Kürze mit ihrem Turnhallenbau beginnen will. Die Kollegen ersehen daraus, daß durch die gegenseitige Dienstleistung zwischen Arbeitgebern und Deutscher Turnerschaft obendrein noch den Arbeiterturnern das Wasser abgegraben werden soll.

Die Mißwirtschaft bei der Teno! Vor einem Berliner Gericht hat kürzlich ein Prozeß stattgefunden, der mit eindringlicher Deutlichkeit die völlige Ueberflüssigkeit der Technischen Nothilfe bewiesen hat. Angeklagt war der Angestellte Lohmann vom Verlag „Die Räder", Publikationsorgan der Teno, wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung. Lohmann bezog ein Monatsgehalt von 1060 Mark, trotzdem unterschlug er im Laufe von 1½ Jahren die nette Summe von 40 000 Mark. Es wurde festgestellt, daß bei der Teno eine wüste Buchführung herrscht, das Geld habe auf dem Tisch gelegen und die Kasse hätte sich in Lohmanns Tasche befunden. Der Geschäftsführer der Teno vom Bezirk Berlin-Brandenburg, Hampe, der nach Aussagen Lohmanns allein für Propagandaartikel, die die Existenzberechtigung der Teno beweisen sollen, jährlich etwa 7000 Mark neben einem noch viel höheren Gehalt einsteckt, hat von den Verfehlungen des Angestellten Lohmann natürlich nicht die geringste Ahnung gehabt. Das Gericht, es hat Lohmann zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, hat eine veruntreute Summe von 40 000 Mark festgestellt, die merkwürdige Buchführung machte eine genaue Feststellung der Verfehlungen unmöglich. Sowohl Lohmann wie Hampe sind frühere Offiziere.

Auf dem Hamburger Gewerkschaftskongreß gab der Reichsinnenminister Severing die Erklärung ab, daß die Teno abgebaut wird. Die bürgerlichen Parteien im Reichstag haben die von den freien Gewerkschaften unterstützten Absichten Severings bisher verhindert. Sie, die die Mittel ablehnen, wenn es um die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung geht, bewilligen freudig jeden Betrag, um die Teno am Leben zu erhalten. Wo das Geld bleibt, und schließlich sind es die Steuergroschen der Arbeiter, beweist dieser Vorgang. Die Teno, die unter ganz anderen wirtschaftlichen Verhältnissen ins Leben gerufen wurde, hat heute ihre Existenzberechtigung verwirkt. Es wird höchste Zeit, daß sie beseitigt wird. Die Etatberatungstagung für den Reichshaushalt 1930 gibt die beste Gelegenheit dazu.

Konjunkturumschwung durch Kapitalzufluß. Die internationale Wirtschaftslage ist zur Zeit durch eine überall wahrnehmbare Geldverflüssigung gekennzeichnet. Allem voran steht Frankreich, wo eine wahre Geldfülle zu verzeichnen ist. Der französische Diskontsatz ist der niedrigste von allen Industriestaaten. Die internationale Geldflüssigkeit wird alsbald einen stärkeren Kapitalzufluß für Deutschland bringen. Die hohen Zinssätze hierzulande dürften dabei als Anziehungspunkt wirksam werden. Der Ausgang der Haager Konferenz hat das Vertrauen zu Deutschland wesentlich gestärkt. Die Ratifizierung des Youngplanes wird dieses Vertrauen noch verstärken. Es ist als sicher anzunehmen, daß der Geldzufluß nach Deutschland alsbald einsetzen wird. Die große Siemensanleihe wird 150 Millionen Mark neue Mittel bringen. Im Laufe des ersten Halbjahres wird wahrscheinlich auch die 400-Millionen-Anleihe der Reichsbahn und der Reichspost perfekt werden. Ferner wird nach der Ratifizierung der Reparationsabmachungen die erste Rate der Zündholzanleihe zur Auszahlung gelangen können. Die Geldnot scheint also bald behoben zu sein. Allein die 400 Millionen für die Reichsbahn und die Reichspost können zur Ankurbelung der Wirtschaft dienen. Ein Umschwung der Konjunktur dürfte also in naher Aussicht stehen. Es kommt nun noch darauf an, daß alle Hindernisse hinweggeräumt werden. Zuerst müßte die Reichsbank auf dem Wege der Diskontsenkung weiterschreiten. Das Deckungsverhältnis des deutschen Geldes und viele andere Umstände lassen eine weitere Diskontsenkung zu.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen:

Am 23. Februar in Sorau (N.-L.), 9,30 Uhr, bei Gründel.

Am 2. März in Nürnberg (I), um 14 Uhr, Restaurant „Zum braunen Roß", Innere Cramer-Clettstraße (Saal).

*

Verlorene Mitgliedsausweise. In Dresden das Verbandsbuch Nr. 17 002 für Albert Häusler, Marmorschleifer. In Wunsiedel Nr. 75 161 für Friedrich Pausch, Steinschleifer.

Briefkasten

S. in R. 1. Darüber entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde, wenn die Mehrzahl der Gemeindewähler über den Gemeindevorstand und seine Arbeiten Beschwerde einreicht. Ein eventueller Volksentscheid ist möglich; doch so einfach ist die Absetzung nicht. Verschaffe Dir doch das dortige Gemeindewahlrecht, woraus alles zu ersehen ist.

2. An öffentlichen Sitzungen kann jeder Zuhörer teilnehmen. Eine bestimmte zeitige Frist zur Bekanntmachung solcher Sitzungen enthält jedenfalls das Gemeindewahlgesetz; die örtliche Gepflogenheit spielt dabei auch eine Rolle.

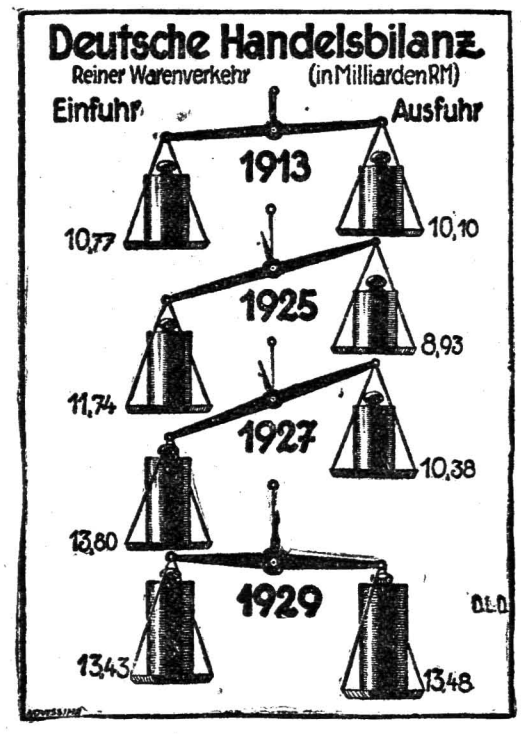
3. Die Umlagen müssen bezahlt werden. Der Rest hätte von selbst bezahlt werden müssen. Eine Verjährung kommt hierbei nicht in Frage. Eine Eingabe an die Kammer wegen Erlaß der Beiträge infolge Notlage kann Erfolg haben.

Schriftführer. Es liegen zirka 60 Berichte vor, die Veröffentlichung erfolgt der Reihe nach wie sie eingelaufen sind.

Ch. G. Die Frage ist gewiß sehr strittig. Bei Ablehnung nächste Instanz anrufen unter eingehender Darlegung des Unfalles. Nach unserer Auffassung ist dieser Vorgang dem Wege von und zur Arbeitsstelle gleichzustellen.

Gewerkschaftliche Ferienreisen. Die Gewerkschaftsbewegung hat den Arbeitern, den Angestellten und Beamten Ferien erkämpft. Nun gilt es, die Freizeit nutzbringend zu verwenden. Und gibt es eine bessere Verwendung der Ferien, als hinauszufahren in die Ferne, andere Städte, fremde Länder und Menschen zu sehen? Wer einmal seine Freizeit benutzt hat, um zu reisen, der wartet jedes Jahr voll Ungeduld auf den Tag, wo er wieder sein Ränzel schnüren kann. Der Ortsausschuß Leipzig des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat seit Jahren eine gut eingerichtete Reiseorganisation. Dank der Unterstützung durch die deutschen und ausländischen Gewerkschaften können alle Reisen zweckmäßig und preiswert organisiert werden. Organisation ist die Stärke der Arbeitnehmer, auch auf dem Gebiete der Ferienreisen erringt die Gemeinschaftsarbeit wirtschaftliche und ideelle Vorteile. Wer daran teilnehmen will, fahre mit uns.

Alle näheren Angaben enthält der Prospekt. Preis 40 Pfg. Zu beziehen durch die Arbeiterferienreisestelle für die mitteldeutsche Arbeiterschaft. Anschrift: Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Leipzig, Kultur-Abteilung, Leipzig C. 1, Volkshaus (Zeitzer Straße 32).



Für das ganze Jahr 1929 schließt der deutsche Außenhandel mit einem Ausfuhrüberschuß von 47,6 Millionen RM. im reinen Warenverkehr des Spezialhandels ab. Damit ist zum ersten Male seit der Inflation unsere Handelsbilanz wieder aktiv. Die Ausfuhrzahl entspricht genau der Summe der monatlich veröffentlichten Zahlen, Nachprüfungen des Statistischen Reichsamts, die durch die Reform der Handelsstatistik erleichtert wurden, haben ergeben, daß die Anmeldenden in die Grenzwerte für die Ausfuhr einfuhrscheinberechtigter landwirtschaftlicher Erzeugnisse vielfach den Wert des Einfuhrscheins einbezogen haben. Daher war eine Korrektur notwendig. In die oben genannte Ziffer sind die Reparationssachlieferungen einbegriffen. Die Sachlieferungen betrugen im letzten Jahre für Reparationen 800 Millionen RM. gegen 1660 bzw. 578 Millionen RM. in den beiden Vorjahren. 1928 betrug das Defizit (also die Mehreinfuhr) der Warenhandelsbilanz noch 1,20 Milliarden, 1927 gar 2,85 Milliarden. Selbst unter Außerachtlassung der Reparationsexporte zeigt die Mehreinfuhr mit nur 750 Millionen RM. gegen rund 1 860 Millionen im vorhergehenden Jahre nicht mehr die erschreckende Höhe wie bisher.

Die Eigengesetzlichkeit des Arbeitsmarktes. Arbeitsmarkt und Konjunktur stimmen nicht immer überein. Ja, teilweise sind sie sehr verschieden. Man kann dem Landesarbeitsamt Westfalen zustimmen, wenn es in seinem Bericht für Ende Januar folgendermaßen schreibt: „In den letzten Jahren tritt mehr und mehr eine gewisse Eigengesetzlichkeit des Arbeitsmarktes hervor. Produktionszahlen und Absatzverhältnisse eines Wirtschaftszweiges können sich durchaus günstig entwickeln, während der Arbeitsmarkt dauernd daniederliegt. Standörtliche Verschiebungen, hervorgerufen durch die Massierung von Betrieben in einzelnen Zentren, führen selbst bei guter Allgemeinkonjunktur örtlich zu den größten arbeitsmarktlichen Schwierigkeiten." — Es dürfte in Deutschland mehrere Industriezweige geben, die eine einigermaßen günstige Konjunktur haben und dennoch verhältnismäßig wenig Arbeitskräfte gebrauchen. Der Mensch wird eben in der kapitalistischen Wirtschaft immer mehr Nebenzweck, obwohl er doch im Mittelpunkt des Ganzen stehen sollte. Es sind wenig Aussichten vorhanden, daß es in dieser Wirtschaftsordnung anders wird.

Gegen die Seuche der Innungskrankenkassen. Wie dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zu entnehmen ist, hat der Minister für Volkswohlfahrt an die Vorsitzenden der Oberversicherungsämter einen Runderlaß gerichtet, in welchem er die Beschlüsse des preußischen Landtages zur Kenntnis bringt und ersucht, diesen Beschlüssen durch genaueste Beachtung der angeführten Vorschriften Rechnung zu tragen. Bezüglich der Entscheidung über die Gleichwertigkeit der Leistungen einer neu zu errichtenden Kasse mit denen der maßgebenden Allgemeinen Ortskrankenkasse hat der Minister in der Sitzung des Preußischen Landtages vom 26. Februar 1929 ausgeführt: „Die Gleichwertigkeit der Leistungen wird durch den Beschlußausschuß des Versicherungsamtes und auf Beschwerde vom Oberversicherungsamt endgültig festgestellt". In dem erwähnten Erlaß weist der Minister darauf hin, daß über die Gleichwertigkeit der Leistungen vor der Beschlußfassung des Oberversicherungsamtes über die Errichtung einer neuen Innungskrankenkasse zunächst in den besonderen Verfahren gemäß §§ 259, 263 RVO rechtskräftig entschieden sein muß. Bei der Beschlußfassung über die Vereinigung von Innungskrankenkassen gemäß § 276 Abs. 1 RVO ist danach genau zu beachten, daß der Beschluß des Ausschusses über die Vereinigung nach § 345 Abs. 3 RVO in getrennter Abstimmung gefaßt werden muß und eine Mehrheit sowohl der Arbeitgeber- als der Versichertenvertreter erforderlich ist. In einer Ausschußsitzung, an der nur eine Vertretergruppe teilnimmt, kann über die Vereinigung nicht rechtswirksam beschlossen werden. — Es wird in der Tat Zeit, daß gegen die Innungskrankenkassenseuche energisch eingeschritten wird. Der preußische Wohlfahrtsminister hat es lange an der nötigen Energie fehlen lassen.

Neue Aufgaben der englischen Gewerkschaften. Die englischen Gewerkschaften gehen dazu über, eine Arbeitersportbewegung ähnlich der deutschen in ganz England zu organisieren. Seit 3 Jahren besteht in London eine Sportorganisation der Labour-Party, in der Fußball, Cricket und Leichtathletik gepflegt wird. Präsident dieser Organisation ist der englische Premierminister Macdonald. Auf Anregung der Gewerkschaften findet, wie der „Daily Herald" meldet, am 20. Februar in London unter Leitung des englischen Verkehrsministers Morrison eine Konferenz der Londoner Sportorganisationen mit den Vertretern der Gewerkschaften statt, um der Bedeutung einer eigenen Sportorganisation für die englische Arbeiterbewegung besonderen Nachdruck zu verleihen. Die schon bestehenden Sportvereine der Labour-Party und Gewerkschaften sollen zu einer Landesorganisation zusammengefaßt und neue Vereine gegründet werden.

Adressenänderungen

1. Gau: **Schievelbein.** Vors.: Herm. Göcks, Falkenburger Straße 3.
2. Gau: **Glogau.** Vors.: Hermann Thomas, Klein-Gräditz, Kreis Glogau. — **Nittritz.** Vors.: Johann Grundke, Deutsch-Wartenberg, Bez. Liegnitz, Markt 44. Kass.: Bernhard Lamm, 102. — **Crossen** (Oder). Vors.: Karl Sander, Kossar, Kr. Crossen (Oder), Kass., Paul Kappel, Rusdorf Nr. 68, Kr. Crossen (Oder).
3. Gau: **Boxdorf.** Vors.: Max Beckert, Reichenberg, Bez. Dresden, Großer Gallberg 10, part. — **Döbeln.** Vors. u. Kass.: Max Geißel, Bahnhofstr. 61. — **Schreiersgrün.** Vors.: Walter Bauer, Reumtengrün (Vogtl.).
4. Gau: **Magdeburg.** Sektionsleiter der Steinmetzen: Sebastian Hamberger, Andreas-Kritzmann-Straße 3, I.
6. Gau: **Peterzell.** Vors. u. Kass.: Jos. Ratzinger, Mönchweiler (Schwarzw.), Außerdorf Nr. 172. — **Bad Dürkheim.** Vors. u. Kass.: Georg Heidemann, Grethen (Pfalz), Neugasse. — **Kappelrodeck.** Kass.: Alphons Treml.
7. Gau: **Bayreuth.** Vors.: Adam Schott, Römerstr. 18. Sektionsleiter d. Steinsetzer: Heinr. Pritschel, Nikolausstr. 11. Reiseunterstützung wird nur von 18 bis 20 Uhr bei Koll. Fischer ausgezahlt. — **Brand.** Vors.: Philipp Kammerer, Nr. 98, Kass.: Wilh. Katholing, Nr. 98. — **Hauzenberg.** Vors. u. Kass.: Jos. Eder, Döbling, Post Hauzenberg. — **Flossenbürg.** Vors.: Adam Bieber, Altes Schulhaus.
8. Gau: **Heinersdorf.** Kass.: Wilhelm Butz, Bahnhofstraße 60.
9. Gau: **Niederofleiden.** Vors.: Georg Pfeil, Gontershausen, Post: Homberg (Oberhessen). — **Ober-Ramstadt.** Vors.: Michael Keller III, Friedhofstraße 11. — **Offenbach a. M.** Vors.: Fridolin Brand Wasserhofstraße 15, II. — **Rupbach.** Vors.: Heinr. Karl Klöppel, Bremberg, Post: Laurenburg (Unterlahn). Kass.: Friedr. Seelbach, Biebrich, Post: Katzenelnbogen (Taunus). — **Willmenrod** (Westerwald). Vors. u. Kass.: Hermann Jung. — **Beilstein.** Vors.: Heinr. Kröckel.
11. Gau: **Bergedorf.** Vors.: Christ. Gatermann, Bergedorf-Brookdeich Nr. 263. Kass.: Fritz Meyer, Lohbrügge-Bergedorf, Hamburger Straße 82. — **Osnabrück.** Telephon-Nr. für Bezirksleiter Jos. Droll: Osnabrück 5109.

Anzeigen

Achtung! Berlin Achtung!

Montag, den 24. Februar 1930, um 18 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses **Jahresgeneralversammlung für alle der Zahlstelle Groß-Berlin angehörenden Kollegen** (Steinmetzen, Bildhauer, Steinsetzer und Berufsgenossen, Marmor-, Alabaster-, Sägereiarbeiter und aller zu diesen Gruppen gehörenden Hilfsarbeiter).

Tagesordnung: 1. Bericht vom 4. Quartal 1929. 2. Jahresbericht für das Jahr 1929. 3. Stellungnahme zur Neuwahl der Angestellten. 4. Bestätigung der Sektionsleitungen. 5. Neuwahl der Gauleitung. 6. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Die Vorkommnisse im Laufe des letzten Jahres machen es notwendig, daß jeder Kollege, der noch Interesse am Verbandsleben hat, in dieser Versammlung erscheint. Das Mitgliedsbuch ist unbedingt mitzubringen! Um größte Pünktlichkeit ersucht

die Ortsverwaltung. I. A.: Gust. Nitsche.

Achtung! Unterbezirk Schöneberg, Steglitz und Umgegend

Die Mitgliederversammlungen finden jeden Sonnabend vor dem 1. des Monats, 20 Uhr, in Steglitz, Ahornstr. 15 a, bei Schellhase statt. — Die erste also am 22. Februar. Rege Teilnahme erwartet

die Ortsverwaltung. I. A.: F. Döring.

Den bekannt guten u. bestbewährten **handgearbeit. Steinbruchschuh,** ℳ **14.75** Reellste Beliefer. Hochw. Qualit.

Verlangen Sie Preisliste **Herm. Welbers Berufsschuhwerk Bad Godesberg**

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau
liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Demitz-Thumitz** am 16. Januar der Brecher Karl Marquardt, 45 Jahre alt, tödlicher Unfall; am 23. Januar der Pflastersteinmacher Georg Schönberger, 65 Jahre alt, 3 Monate magenleidend.

In **Theuma** am 31. Januar der Schleifer Rich. Steinel, 52 Jahre alt, 7 Monate Magenleiden.

In **Liegnitz** am 31. Januar der Hilfsarbeiter Hermann Nerlich, 46 Jahre alt, 10 Monate krank, Tuberkulose.

In **Dresden** am 1. Februar der Sandsteinmetz Otto Kessel, 51 Jahre alt, 2 Wochen krank, Lungenentzündung.

In **Wernigerode** am 3. Februar der Pflastersteinmacher August Weist, 63 Jahre alt, 2 Jahre krank, Lungentuberkulose.

In **Jühnde** am 3. Februar der Brecher August Rinke, 31 Jahre alt, tödlicher Unfall.

In **Halberstadt** am 4. Februar der Steinsetzer Wilhelm Mangert, 78 Jahre alt, Asthma.

In **Osnabrück** am 6. Februar der Steinbruchs-Maschinist Friedrich Schulte, 52 Jahre alt, 2 Wochen krank, Rippenfellentzündung.

In **Dornreichenbach** am 6. Februar der Pflastersteinmacher Friedrich Both, 62 Jahre alt, 3 Wochen krank, Grippe.

In **Senftenberg** am 7. Februar der Maschinenführer Eduard Busse, 35 Jahre alt, tödlicher Unfall.

In **Breslau** am 11. Februar der Sandsteinmetz Hans Jungfer, 40 Jahre alt, 64 Wochen Lungentuberkulose.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung. Hermann Siebold. Verlag Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Mehr gefeuert als geheuert

Von Fritz Kummer.

Alle Industriestaaten, außer Frankreich, sind von einer beispiellosen Arbeitslosigkeit heimgesucht. In den Vereinigten Staaten wird die Zahl der Unbeschäftigten im Mittel auf 4 Millionen geschätzt, in Deutschland sind es 2½ Millionen, in England werden es einschließlich der unversicherten und nichtgebuchten gut 2 Millionen sein, in Oesterreich, Polen, Australien, Dänemark, der Tschechoslowakei, Japan, Schweden usw. schwankt der Satz zwischen 8 und 25, ja noch mehr Prozent, während er in Belgien nur erst 5 v. H. beträgt. Welch ungeheure Schädigung ein solcher Zustand für die Volkswirtschaft bedeutet, läßt sich leicht errechnen. Nimmt man den Produktionswert einer Arbeitsstunde nur mit 1 Mark an, so erleidet beispielsweise Deutschlands Wirtschaft durch seine jetzige Arbeitslosigkeit einen Verlust von 500 Millionen Mark im Monat. Mit diesem gewaltigen Schaden hat es jedoch noch lange nicht sein Bewenden. Die zum Nichtstun Gezwungenen sind geschulte, arbeitsfertige Menschen, die ein Kapital in Milliardenhöhe darstellen. Dieses Kapital liegt ungenutzt, trägt keine Zinsen und entwertet sich.

Aber die Arbeitslosen schaffen nicht nur keine Werte, sondern sie verzehren noch welche. Die Erwerbslosen müssen irgendwie, sei es durch staatliche Unterstützung, öffentliche Wohlfahrt oder durch Almosen, wenn auch kümmerlich, genährt werden. Sie speisen mit am Tische der Nation, ohne diesen decken helfen zu können. Was sie verbrauchen, wird von dem Arbeitsertrag des noch schaffenden Volksteiles genommen. Das heißt, auf die kürzeste Formel gebracht: Die erwerbslosen Arbeiter müssen von ihren erwerbstätigen Kameraden mit durchgeschleppt werden.

Ja, wenn es der wirtschaftliche Schaden nur allein wäre! Aber noch beklagenswerter, noch schlimmer ist die Verwüstung seelischer Werte. Dieser Schaden läßt sich freilich nicht in Geldzahlen ausdrücken, wenngleich ihn die Volkswirtschaft mit Geld und die Gesellschaft mit etwas anderem auf Heller und Pfennig wird bezahlen müssen.

Die ganze Größe des seelischen Unheils, das die Arbeitslosigkeit anrichtet, kann der nur ermessen, der selbst einmal durch die Leere der Brotlade oder durch hungernde Kinder auf die Suche nach Beschäftigung getrieben worden ist. Eine kurze Zeit läßt sich das Nichtstun schließlich ertragen, denn der Erwerbslose ist noch des Glaubens, daß er, der was kann und schaffenslustig ist, bald irgendwo wieder unterkommt. Wenn er aber tagelang, wochenlang vergeblich von Fabrik zu Fabrik gelaufen ist, und wenn ihm daheim Abend für Abend von verstörten und verzweifelten Augen dieselbe Schicksalsfrage gestellt wird und die er immerzu nicht mit Ja beantworten kann — dann beschleicht ihn das unsagbar niederdrückende Gefühl, zu nichts mehr nütze zu sein. Er kriegt es mit der Hoffnungslosigkeit, mit der Verzweiflung zu tun. Allgemach nimmt er die Gefühls- und Denkart einer neuen Umgebung, seiner Leidensgenossen an. Mit ihnen ist er durch die Gleichartigkeit des Loses wie den Gleichklang der Mißstimmung verkittet. Er kommt wie sie zu der festen Meinung, daß eine Gesellschaft, die fleißigen Menschen noch nicht einmal Arbeitsgelegenheit und Brot zu bieten vermag, keine Daseinsberechtigung hat. Und was die millionenköpfige Erwerbslosenmasse denkt, meint und leidet, pflanzt sich in die Betriebe und Arbeiterheime fort.

Was durch solche unbeschäftigten, mißgestimmten, verzweifelnden Menschenhaufen entstehen kann, hat jene Kapitalistenklasse am ehesten begriffen, die mit kapitalistischem Pferdeverstand einigermaßen versehen ist, die amerikanische nämlich. Seit einem Vierteljahr bemüht sich die Oberschicht der amerikanischen Industrie- und Finanzwelt, die „Prosperität zu konservieren", das heißt zuvörderst, die Millionen unbeschäftigter Arbeiter von der Straße weg in die Fabriken zu bringen. Den Antrieb dazu bildet die Erinnerung an die Krise vor einem knappen Jahrzehnt, wo das „Rote Fieber" sich in den Industriebezirken anzukündigen begann. Diese grimmige Erscheinung liegt der amerikanischen Kapitalistenklasse heute noch in den Knochen.

Am tiefsten jedoch wird die Seele der jugendlichen Arbeiter, Frauen und Kinder von der Erwerbslosigkeit durchfurcht. Ihnen bleibt die Hungerkur zeitlebens gegenwärtig. Das üble Erlebnis bestimmt sie, die Konsequenzen zu ziehen: Welchen Zweck hat dieses Leben überhaupt? Warum Kinder in die Welt setzen, wenn sie später keine Beschäftigung, keinen Lebensunterhalt finden! Was nicht geboren ist, kann nicht überflüssig werden! — Die Auswirkung dieser Erwägung läßt sich an der Geburtenrate der westeuropäischen Staaten ablesen. Fast bei allem ist sie im Sinken. Allerwärts haben immer mehr die Kinder einer Familie zusammen weniger Kinder, als ihre Eltern allein hatten.

So bildet denn die andauernd starke Arbeitslosigkeit eine wachsende Gefahr für die kapitalistische Gesellschaft, die staatliche Finanz und Ordnung, und schließlich für die Erhaltung der Volkszahl oder der Rasse. Dies müßte eigentlich die besitzende Klasse und ihre Regierungen schon um ihrer selbst willen veranlassen, das möglichste zu tun, um die große Drangsal einzudämmen. Doch von dergleichen ist, wenn man von Nordamerika und England absieht, nirgends etwas zu sehen, eher von dem Gegenteil. Hierfür anstatt vieler Beispiele nur eins: In Deutschland, wo die Wohnungsnot zum Himmel schreit, müßte der Wohnungsbau belebt und Hunderttausende in nützliche Beschäftigung gebracht werden. Statt dessen wird der von außen nötige Kapitalzufluß unterbunden und dadurch die Bautätigkeit abgedrosselt.

Nun ist es heute freilich auch viel weniger als früher möglich, etwas Durchgreifendes gegen die Arbeitslosigkeit zu unternehmen. Man wird sich schon glücklich schätzen müssen, wenn eine vorübergehende Linderung gelingt. Denn aus derselben Quelle, woraus das große Uebel sprießt, quillt die Lebensmöglichkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Ihren eigenen Lebensquell zu verstopfen, wird man von der Kapitalistenklasse wohl nicht erwarten. Für sie hieße es, sich selbst aufgeben, wollte sie die Ursachen der Arbeitslosigkeit entfernen. Sie will das daher nicht — und sie kann es auch nicht. In der Tat.

In der Kriegszeit wurden die einstigen Absatzgebiete der europäischen Industrie durch den Warenmangel gezwungen, sich gleichfalls Fabriken zu bauen. Nun sind die Käufer von einst mit ihren früheren Lieferanten in scharfem Wettbewerb. Um in dem heftigen Wettlauf um den Kunden vorne zu bleiben, müssen die Waren möglichst angeboten werden. Diese Notwendigkeit treibt jeden Fabrikanten, jedes Gewerbe, jedes Land an, die Produktion zu verbilligen. Das heißt zunächst und vor allem, die teure menschliche Arbeitskraft durch Maschinen und ergiebigere Arbeitsweisen zu ersetzen. Daher allerwärts Rationalisierung. Sie ist noch keineswegs abgeschlossen. Jede neue Erfindung gebiert eine noch neuere. Und dies nicht nur in der Industrie, sondern auch im Handel, dem Bankgewerbe, dem Unterhaltungswesen und dem Kunstgewerbe. Hierfür ein Beispiel aus den letzten Wochen: Die jetzt eintreffenden amerikanischen Zeitungen enthalten einen Aufruf des Musikerverbandes, worin das Publikum inständigst gebeten wird, nicht mehr Lokale mit Maschinenmusik zu besuchen, denn es seien schon Zehntausende Musiker (und Artisten) arbeitslos; der Sprechfilm und die „Konserven-Musik" bedeuteten den Tod des Musikers und seiner Kunst. Wie die Musiker, klagen andere Berufe.

Die Klagen werden leider nichts nützen. Das Unternehmertum, die Besitzer der Produktionsmittel müssen eben weiter rationalisieren, um wettbewerbfähig zu bleiben. Sie werden folgedessen unablässig trachten, noch mehr Menschen durch Maschinen usw. überflüssig zu machen. Es werden immer mehr Arbeiter gefeuert als geheuert, damit das kapitalistische Geschäft weiter blüht und lebt. Es lebt und blüht in der Tat. Von räumlichen und zeitlichen Ausnahmen abgesehen, steigt allerwärts trotz sinkender Arbeiterzahl die Produktionsmenge, und der Profit ist im großen ganzen nicht übel, teilweise sogar glänzend. Während die Warenerzeugung immer besser geht, geht es den Erzeugern, den Arbeitern, immer schlechter. Und dies in allen Ländern, wie die weltweit starke und stärker werdende Arbeitslosigkeit beweist.

Das große Uebel der kapitalistischen Wirtschaft hat allerdings noch eine andere Seite: Von der Arbeitslosigkeit werden jetzt nicht mehr bloß ein paar Länder, sondern alle Länder gleichzeitig heimgesucht, und sie bedrückt nicht mehr wie einst nur die Fabrikarbeiter, sondern auch die Stehkragenleute, also die Kaufleute, Techniker, Beamten und Künstler gleichermaßen, das sind die Schichten, die bisher die kapitalistische Gesellschaft noch stark priesen und stützten. Die neue internationale und interberufliche Schicksalsgemeinschaft mit ihren seelischen und sonstigen Konsequenzen ist hochbedeutsam für den Befreiungskampf der Arbeiterschaft. Was jetzt nur angedeutet sei.

Von dem Unternehmertum ist in Sachen der Arbeitslosigkeit nichts Günstiges zu erwarten. Von den Gewerkschaften um so mehr. Sie sind berufen und verpflichtet, tatkräftig nach der Unterbindung des Uebels zu streben. Die außergewöhnliche Aufgabe bedingt außergewöhnliche Maßnahmen. Da das Uebel international ist, ist dagegen international vorzugehen. Dem Internationalen Gewerkschaftsbund blüht ein ebenso schweres wie dankbares Werk: Das Produktionsproblem ist gelöst, das Verteilungsproblem aber heischt nun gebieterisch Lösung. Die Warenerzeugung nimmt immer mehr zu, die Erzeuger aber nehmen immer mehr ab; die Geschäftsgewinne sind recht gut, die Löhne aber sind recht schlecht. Aus diesen Tatsachen ergeben sich die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung.

In der Reihe der Maßnahmen hat zu oberst die Verkürzung der Arbeitszeit zu stehen. Die fünftägige oder 40stündige Arbeitswoche sollte bald von allen Gewerkschaften ins Pflichtenheft aufgenommen werden, denn sie ist überfällig, und noch einige andere Forderungen dazu. Der außergewöhnliche Umfang des Uebels verlangt, wie gesagt, außergewöhnliche Maßnahmen. Und Kühnheit obendrein.

„Die Gewerkschaften als Unternehmer"

Die Gewerkschaften wachsen immer mehr in die Breite. Sie sind wichtige Glieder der Wirtschaft und der Gesellschaft. Der Einfluß dieser Massenorganisationen wächst mit ihrer Ausbreitung. Auf der anderen Seite wird aber auch der Einfluß auf allen Gebieten durch ihre innere Geschlossenheit und durch ihre Taktik gestärkt. An der Existenz der Gewerkschaften kann niemand vorübergehen. Sie müssen bei allen Entscheidungen mehr oder weniger in Betracht gezogen werden. Dies alles wirkt sich darin aus, daß die Gewerkschaften im Schrifttum immer mehr Beachtung finden. Die Gewerkschaftsliteratur selbst ist so gewaltig und mannigfaltig, daß sie bis in die entlegensten Orte und bis zu den Spitzen der höchsten Staatsbehörden vorzudringen vermag. Die gewaltigen Auflagen der Gewerkschaftszeitungen geben täglich Kunde von dem Vorhandensein großer in sich geschlossener und mit einer einheitlichen Zielsetzung ausgestatteter Organisationen. Wenn man nun noch berücksichtigt, daß die Gewerkschaften finanziell Großmächte ersten Ranges sind, so kann man sich ungefähr einen Begriff machen von der gewaltigen Organisationsmacht, die sich die deutsche Arbeiterschaft durch ihre Gewerkschaften geschaffen hat.

Es ist deshalb kein Wunder, daß sich auch das Bürgertum mit dieser neuen Großmacht in immer steigendem Maße beschäftigt. Das Unternehmertum sieht in den Gewerkschaften den ebenbürtigen Gegner, dessen Existenz täglich daran gemahnt, daß die Arbeiterschaft nicht mehr als rechtloser Helot betrachtet werden darf. Die großen bürgerlichen Zeitungen, die zur Interessenvertretung des Unternehmertums sich berufen fühlen, widmen der Gewerkschaftsbewegung einen breiten Raum. Daneben wächst aber auch die Literatur, die sich mit der Gewerkschaftsbewegung und ihren Ausstrahlungen beschäftigt. In diesen Tagen erschien eine Schrift „Die Gewerkschaften als Unternehmer" im Kranich-Verlag, Berlin-Zehlendorf, die nachstehend einer Kritik unterzogen werden soll. Diese Schrift ist keineswegs arbeiterfreundlich eingestellt, worauf bereits das Lob hindeutet, das sie in den großkapitalistischen Zeitungen bekommen hat. Es ist aber notwendig, die darin enthaltenen schiefen Urteile richtigzustellen. Zuerst werden dort „die finanziellen Grundlagen der Gewerkschaften und die Einteilung ihrer Finanzen" behandelt. Bereits dieser Teil der Schrift zeigt, daß der Verfasser von dem inneren Aufbau der Gewerkschaftsbewegung keine Ahnung hat. Es wird dort so hingestellt, als wären die Gewerkschaftskassen große Sammelbecken von Kapital. Der Verfasser schreibt z. B. auf Seite 10:

„Stellt man die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften gegenüber, so ergibt sich fast regelmäßig ein erheblicher Einnahmeüberschuß. Das Anstreben eines solchen Ueberschusses, die Rückstellung von Reserven und das Streben nach leicht zu mobilisierendem Vermögen liegt ganz in der Tendenz der Gewerkschaften als Kampfverbände, die für den Fall eines langwierigen Kampfes gerüstet dastehen wollen ... Die Vermögensmassen geben den Gewerkschaften erhebliche Mittel in die Hand, sich kapitalistisch zu betätigen. Diese Betätigung führt der Bewegung neue Finanzkraft zu. Die für die Mitglieder eingerichteten Kassen und Versicherungen bedeuten vom Standpunkt des Kampfzweckes der Gewerkschaften aus gesehen eine erhebliche Steigerung der Geldflüssigkeit der Gewerkschaftskassen."

Hier wird Richtiges mit Falschem vermengt. Der Verfasser stellt es im weiteren Verlauf seiner Schrift so hin, als wenn die Mittel der Gewerkschaften zur Anlage in eigenen Unternehmungen drängten. Dabei stehen sich die Gewerkschaften wesentlich besser, wenn sie ihr Geld zinstragend anlegen. Als Unternehmungen der Gewerkschaften werden bezeichnet: a) Volks- und Gewerkschaftshäuser, b) Kranken- und Versicherungsanstalten, c) Konsum- und Produktivgenossenschaften, d) Gewerkschaftliche Sparkassen, Banken und Revisionsgesellschaften, e) Druckereien und Verlagsanstalten, f) Bauunternehmungen und deren Nebenbetriebe und g) Fabrikationsbetriebe von verschiedener Art.

Das die Gewerkschaftshäuser Unternehmungen der Gewerkschaften sind, läßt sich nicht bestreiten. Sie mußten dazu übergehen, solche Häuser zu schaffen, um die nötigen Büroräume zu bekommen. Selbständige Krankenkassen haben die freien Arbeitergewerkschaften bekanntlich nicht. Durch die Krankenunterstützung wird nur ein Zuschuß bei der Erwerbslosigkeit durch Krankheit geleistet. Richtig ist es, daß die freien Gewerkschaften gemeinsam mit den Konsumgenossenschaften in der „Volksfürsorge" ein groß angelegtes Versicherungsunternehmen geschaffen haben. Die „Volksfürsorge" hat die Aufgabe, die breiten Massen des Volkes vor der Ausbeutung durch private Versicherungsgesellschaft zu schützen. Der soziale Zweck dieser Versicherungsgesellschaft liegt also klar auf der Hand. Deshalb haben sich auch die Gewerkschaften energisch für die Förderung der „Volksfürsorge" eingesetzt und werden dieses Unternehmen auch fernerhin mit allen Mitteln unterstützen. Anders sieht es mit den Konsumgenossenschaften aus. Sicher haben die Gewerkschaften bei der Gründung der Konsumgenossenschaften Pate gestanden, aber als Unternehmungen der Gewerkschaften kann man die Konsumgenossenschaften nicht bezeichnen. Sie sind ein selbständiger Teil der Arbeiterbewegung. Auch fernerhin werden die Gewerkschaften die Konsumgenossenschaften unterstützen, aber in die Geschäftsführung werden sich letztere nie und nimmer hineinreden lassen. Es ist deshalb grober Unfug, wenn die Genossenschaften als Unternehmungen der Gewerkschaften bezeichnet werden.

Anders verhält es sich mit den gewerkschaftlichen Finanzinstituten. Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A. G. (Arbeiterbank) ist ein Institut, das von den Gewerkschaften geschaffen wurde. Die Gründung dieser Bank hat sich als ein guter Griff erwiesen. Die Gewerkschaften hatten keine Lust mehr, ihre Gelder privatkapitalistischen Instituten zu überantworten. Die Entwicklung der Arbeiterbank zeigt, welche Lücke sie ausfüllt. Das die Gewerkschaften Druckereien und Verlagsanstalten haben und haben müssen, ist eine glatte Selbstverständlichkeit, so daß sich darüber Ausführungen erübrigen. Zu bezweifeln ist nur, daß diese Art Unternehmungen gewinnbringend sind. Ein von der Gewerkschaftsbewegung lebhaft unterstützter Zweig sind die Wohnungsbaugesellschaften und die Sozialen Baubetriebe. Der Wohnungsbau ist eine soziale Angelgenheit. Solange noch Hunderttausende ohne eigene Wohnung sind, muß eine solche Massenbewegung, wie es die Gewerkschaften sind, an der Behebung der Wohnungsot kräftig mitarbeiten. Die Mietpreisbildung liegt ebenfalls in der Richtung der Verbesserung des Lebensniveau. Alle diese Dinge werden durch die Gründung eigener Wohnungsbaugesellschaften am besten gemeistert. Die Dewog und ihre Tochtergesellschaften, wovon die Berliner Gehag das treffendste Beispiel ist, legen Zeugnis davon ab, wie in dieser Beziehung etwas Nutzbringendes geschaffen werden kann. Die Sozialen Baubetriebe sind von den Baugewerkschaften ausgegangen, werden aber auch von den übrigen Gewerkschften lebhaft unterstützt. Gemeinsam mit der Arbeiterbank haben die Gewerkschaften zwei Betriebe übernommen bzw. gegründet, die aus dem Rahmen der vorstehenden Unternehmungsformen herausfallen: Das Lindcar-Fahrradwerk und die Büropa. Die letztere dient der Versorgung der Gewerkschaftsbüros mit Büromaterial und ist deshalb als eine wirtschaftliche Notwendigkeit für die Gewerkschaften anzusprechen. Das Lindcar-Fahrradwerk arbeitet im engsten Einvernehmen mit der Arbeiterbank. Es liefert Fahrräder in guter Beschaffenheit preiswert und zu günstigen Zahlungsbedingungen Durch den Bezug eines Lindcar-Fahrrades ist der Arbeiter vor Uebervorteilung geschützt.

Wir haben in dem Vorstehenden versucht, die Betätigung der Gewerkschaft auf dem Gebiete eigener Unternehmungen zu untersuchen. Die Gewerkschaften sind vorsichtig in der Gründung eigener Unternehmungen, dennoch unterstützen sie diese, soweit sie ihren Zwecken dienen. In dem im vorigen Jahr erschienenen Buche „Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterbewegungen" schrieb der Kollege Leipart in dem Vorwort u. a. folgendes: „Gemeinwirtschaft ist unser Ziel. In den wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaften ist der wirtschaftliche Gemeingeist lebendig. Ihn weiter zu pflegen und unsere wirtschaftlichen Unternehmungen fortzuentwickeln, daß ist die Aufgabe, an deren Erfüllung alle Gewerkschaftsmitglieder hingebungsvoll mitwirken sollen." In diesem Sinne werden die Gewerkschaften auch in der Zukunft arbeiten, ganz ohne Rücksicht darauf, ob diese Tätigkeit durch schiefe Darstellungen begeifert wird. Immerhin nehmen wir zur Kenntnis, wenn der Verfasser der erwähnten Schrift in der Schlußbetrachtung schreibt: „Die gewonnene Uebersicht zeigt, welch gewaltigen Machtzuwachs die Gewerkschaften durch ihre wirtschaftlichen Unternehmungen haben. Bei dem Uebergewicht der marxistischen Gewerkschaften bedeutet diese Machtfülle eine Gefahr für die historische Staatsgesinnung, die idealistische Geschichtsauffassung und die freie Wirtschaft mit der privaten Initiative als Motor. Durch den konzernartigen Charakter der gewerkschaftlichen Unternehmungen steigert sich ihre Machtfülle und die Aussicht auf weitere Machtansammlung." Diese Ausführungen eines Gegners müssen Ansporn sein, die wirtschaftlichen Unternehmungen der Arbeiterbewegungen auch weiter zu fördern.

Welche Aufgaben hat u. a. die gesetzliche Betriebsvertretung in der Natursteinindustrie und im Steinstraßenbau?

Der Absatz 8 im § 66 des Betriebsrätegesetzes sagt darüber:

„ . . . auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, — die Gewerbe-Aufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, — sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken."

Diese Tätigkeit eines Betriebsrates oder Betriebsobmannes in den Betrieben der Steingewinnung und der Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau **energisch wahrgenommen, vermindert die unheilvollen Folgen der Berufsgefahren.**

Die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden

Das Reichsarbeitsministerium gibt im Reichsarbeitsblatt die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden für das Jahr 1928 bekannt. In diesem Jahr erledigten die Schlichtungsausschüsse 7548 Schlichtungsverfahren, weitere 489 Verfahren erledigten die vom Reichsarbeitsminister bestellten Schlichter. Von 7548 Schlichtungsverfahren der Schlichtungsausschüsse wurden 594 vor der Verhandlung, 922 im Vorverfahren, 5780 im Verfahren vor der Schlichtungskammer und 252 auf andere Weise erledigt. Die vor dem Schlichter anhängig gemachten Verfahren zeigen eine ähnliche Erledigung. In den 5780 vor der Kammer der Schlichtungsausschüsse verhandelten Fällen wurden 786 durch Einigung, 4365 durch Schiedsspruch und 629 auf andere Weise geregelt. Von beiden Seiten angenommen wurden 1603 Schiedssprüche; abgelehnt wurden im ganzen von Gegnern 2539, und zwar 1694 Schiedssprüche nur von den Arbeitgebern, 582 nur von den Arbeitnehmern und 263 von beiden Seiten. Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, daß die Unternehmer in der Ablehnung von Schiedssprüchen weitaus an der Spitze marschieren. Von den Verfahren über die 1814 Anträge auf Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen erledigten sich 46 durch Einigung vor den Eintritt in die Verhandlungen, in 771 Fällen einigten sich die Gegner vor der Behörde, in 84 Fällen nach Verhandlung außerhalb des Verfahrens. Im ganzen endeten also 901 Verfahren = 49,67 Prozent mit einer Einigung, in 434 Fällen = 23,93 Prozent wurde die Verbindlichkeitserklärung ausgesprochen, in 479 Fällen = 26,41 Prozent wurde sie abgelehnt. Im Durchschnitt der Jahre 1924 bis 1928 betrug der Prozentsatz, der durch Einigung erledigten Fälle 44,43 Prozent, so daß 1928 eine Steigerung der Einigungsfälle von 5,24 Prozent zu verzeichnen war. Die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen wurde 1928 in 29,93 Prozent ausgesprochen. In 479 Fällen wurde die Verbindlichkeitserklärung abgelehnt. Danach trat in 266 Fällen ein tarifvertragsloser Zustand ein, in 51 wurde ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet, in 124 einigte man sich nachträglich auf neuer Grundlage und in 14 Fällen wurde nach einem Arbeitskampf eine neue Vereinbarung zwischen den Gegnern geschlossen.

Das ist ein kurzer Ueberblick über die Tätigkeit der Schlichtungsbehörden in einem Jahr. In den ersten Jahren nach der Stabilisierung mußten mehr Streitigkeiten im sozialen Kampfe geschlichtet werden. 1924 z. B. mußten 18 575 und 1925 13 418 Schlichtungsverfahren durchgeführt werden. Im Jahre 1926 war die Zahl auf 5043 herabgesunken. 1927 mußten 8436 und 1928 8037 Verfahren erledigt werden. Bei der Beachtung dieser zahlreichen Inanspruchnahmen der Schlichtungsbehörden wird jeder zu der Ueberzeugung kommen, daß diese eine noch durchaus wichtige Einrichtung ist. Ohne den staatlichen Schlichtungsapparat müßten die sozialen Auseinandersetzungen auf eine weit schärfere Weise durchgeführt werden. Die Unternehmer schimpfen über das staatliche Schlichtungswesen.

Gewerkschaftsjugend

Nur noch wenige Wochen, dann treten die Schulentlassenen in das Erwerbsleben als Lehrlinge oder jugendliche Hilfsarbeiter ein. Jeder ältere Kollege weiß aus eigener Erfahrung, wie groß die Hoffnungen und Erwartungen in jenen Jahren sind, er weiß jedenfalls auch, welche Enttäuschungen sich einstellen. Dazu tragen Umgang, Behandlung, Arbeitslast und Entlohnung sehr, sehr viel bei. Daß hierbei sehr oft auch unbewußt von den älteren Arbeitern gesündigt wird, braucht nicht besonders betont zu werden, eben weil es jeder weiß. Keiner unserer älteren Verbandskollegen darf übersehen, daß wir im Verbande die Gewerkschaftsjugend benötigen, und je eher es uns gelingt, die jungen Leute für die Gewerkschaft dauernd zu begeistern, für uns zu gewinnen, desto besser für unsere gewerkschaftlichen Aufgaben.

In wenigen Wochen haben ebenfalls eine Anzahl Jugendlicher in unserem steinigen Erwerbsleben ihre Lehrzeit beendet. Für sie beginnt jetzt erst der Kampf mit den widrigen Berufsverhältnissen, die durchaus keine Existenz verbürgen. Keiner von den Ausgelernten darf abseits bleiben! Im Verbande soll er seinen Schutz sehen, seine kollegiale Verbundenheit, und wenn irgend etwas geeignet sein kann, der Natürlichkeit der Verhältnisse im Leben der Menschen den Weg zu bahnen, so ist es die ununterbrochen ins Gedächtnis gehämmerte Parole: „Werbe für deine Gewerkschaft!"

Ganz besonders aber muß der Jugendwerbung größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dem Stamm der erprobten Gewerkschafter müssen sich bedeutend größere Teile der Jugend anschließen, denn eine gewerkschaftlich geschulte Jugend bedeutet eine gewisse Rückendeckung gegen jeden Rückschritt, weil sie gewissermaßen das Kraftreservoir der Zukunft ist. Nur wenn es gelingt, die gesamte werktätige Jugend mit dem Sinn und Zweck der Gewerkschaften vertraut zu machen, werden sich die Aussichten zur Erreichung der gesteckten Ziele bedeutend schneller der Verwirklichung nähern. Die natürliche Energie, die Triebkraft und das Temperament der Jugend muß jede Bewegung fördern, wenn zu gleicher Zeit die älteren und an Erfahrung reicheren Gewerkschafter ihre ganze Kraft in den Dienst der Sache stellen.

Bekannt ist das Zitat: „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft." Es kann nicht gleichgültig sein, daß sich der Nachwuchs nur aus den Nachkommen der Altmitglieder requiriert. Auf solche Weise geht es nicht vorwärts, denn es darf nicht vergessen werden, daß wir zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen, wie auch bei der Werbung nur auf uns selbst angewiesen sind. In den Volks- und Berufsschulen bei Lebenskunde und Volkswirtschaftslehre berühren auch heute noch immer nicht die Lehrkräfte das Thema der, wirtschaftlich große Bedeutung besitzenden, Arbeitnehmer-Gewerkschaften; ein großer Teil der schulentlassenen Jugend kennt nicht einmal vom Hörensagen deren Umfang. Eine Ausnahme bilden nur die, deren Väter und eventuell Mütter selbst freigewerkschaftlich organisiert und tätige Mitarbeiter sind. Vor allem muß die Werbetätigkeit innerhalb der jugendlichen Kreise bedeutend an Umfang zunehmen. Kommen dann diese zu uns, dann muß auch wieder in den Reihen der älteren, vielfach gleichgültig gewordenen Gewerkschafter frischer Geist einziehen.

Eins ist zu beachten: Der Jugendgenosse muß, soll er sich in der Gewerkschaft wohl fühlen, als gleichberechtigt betrachtet werden. Das Ueber-die-Achsel-ansehen und An-die-Wand-drücken muß wegfallen. Eine gewisse Rücksichtnahme und Respektierung, die von der Jugend verlangt wird, haben auch in gewissem Umfange die älteren Kollegen diesen gegenüber zu pflegen, aber auch an das lebhafte Naturell der Jugendgenossen sich anzupassen, sollten letztere sich angelegen sein lassen. Auch der aktiven Mitarbeit in Wort und Schrift sind alle Steine aus dem Wege zu räumen, wobei selbstverständlich zu beachten ist, daß diese sich im Rahmen der gewerkschaftlichen Bewegung hält.

Der Erfolg dieser Praxis muß und wird sich einstellen; wir werden es nicht zu bereuen haben.

Ruft die Jugend heran!

Baut Jugendheime

Wir wollen gerne zugeben, daß die Republik viel für die Jugendlichen tut. Ein Zug modernen Geistes geht durch manche Amtsstube und fegt hinweg, was an alten und überholten Anschauungen noch vorhanden ist. Trotzdem geschieht noch lange nicht genug, viele Widerstände werden noch zu überwinden sein, bis die wichtigsten Forderungen der Jugendlichen verwirklicht sind. Ein Gebiet, auf dem es noch sehr viel zu tun gibt, ist die Jugendheimfrage; ein Schmerzenskind wohl in zahllosen Orten. Hier und da hat man sie befriedigend gelöst, man hat einen schmucken, geräumigen Raum zur Verfügung der Jugendlichen gestellt, einzelne Gemeinden sind darüber noch hinausgegangen, sie haben ein kleines Haus hergegeben, Aber sehr groß ist die Zahl der Gemeinden, in denen die Jugendheimfrage eine unbefriedigende Lösung gefunden hat. Vielfach mangelt es an geeigneten Räumlichkeiten, auch fehlt es in manchen Gemeinden an der nötigen Einsicht. „Weil wir das nicht gekannt haben, brauchen unsere Jugendlichen das auch nicht!" Man könnte über solche rückständigen Anschauungen hinweggehen, wenn sie nicht so viel Unheil anrichten würden.

Zumeist verkriechen sich die Gemeinden hinter die Finanznot, sie muß dafür herhalten, daß den Jugendlichen kein oder nur ein dürftiges Heim überlassen wird. Dabei ist die Einrichtung eines Heimes oft mit ganz geringen Ausgaben verbunden, es kommt zunächst nur darauf an, daß man einen Raum hergibt. Im übrigen steuern die Jugendverbände nach besten Kräften bei. Wo die Mittel dazu da sind, sollte man ein Heim errichten, es ist auf jeden Fall das beste. Wo dies nicht möglich ist, wird es genügen, wenn ein größerer Raum oder, wie es in Berlin vielfach der Fall ist, ein Laden als Heim eingerichtet wird. Dabei kommt es natürlich auch auf die Einrichtung an, denn große Sparsamkeit ist hierbei keineswegs angebracht. Nur in solchen Heimen, die gut eingerichtet sind, im Winter geheizt werden können und über Sommer auch eine Erholungsstätte darstellen, kann sich die Jugend wohlfühlen. Man vergesse auch nicht, daß die Erörterung von wichtigen, die Jugendlichen interessierenden Fragen in schönen und netten Heimen auf ganz anderen Boden fällt. Auch ist es für den Vortragenden keine erhebende Angelegenheit, wenn sich das Heim in einem schlechten Zustande befindet, und ein großer Teil der gesprochenen Worte im Straßenlärm untergeht.

In gewisser Hinsicht soll das Jugendheim den Jugendlichen die Wohnung ersetzen. Die arbeitende Jugend kennt in seltenen Fällen ein Heim in einer gesunden und guteingerichteten Elternwohnung. Die Wohnung liegt auf dem Hof, es kommt weder Sonne noch Luft hinein, dazu meistens eine große Kinderschar. Wie soll sich hier der Jugendliche, der den Tag über in der Fabrik oder in der Werkstatt gearbeitet hat, abgespannt und zerschlagen ist, wohlfühlen? Die Straße ist selbstverständlich auch nicht der geeignete Ort, Erholung und Ausspannung zu bieten. Hier kann ein Jugendheim sehr viel dazu beitragen, die Jugendnot zu mildern, das Solidaritätsempfinden zu vertiefen und für den Abend eine anregende Erholungsstunde zu bieten.

Am 1. Januar 1928 wurden in dem Freistaat Preußen 1657 Jugendheime gezählt. Zu gleicher Zeit gab es in Preußen etwa 1 278 000 organisierte Jugendliche im Alter von 14 bis 20 Jahren, so daß mithin auf ein Heim 771 Jugendliche entfallen. Die Heime sind zum größten Teil in Schulen, Ladengeschäften und ähnlichen Gebäuden untergebracht. Um ein Beispiel dafür zu geben, wie groß die Jugendheimnot ist, sei erwähnt, daß es in Berlin nur 83 städtische Jugendheime gibt. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in Berlin rund 190 000 organisierte Jugendliche vorhanden sind, kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, wie überfüllt diese Heime sind.

Demgegenüber ist es außerordentlich erfreulich, daß auf dem Gebiete des Jugendherbergswesens viele Forderungen der Jugendverbände verwirklicht worden sind. Man kann wohl sagen, daß die 2177 Jugendherbergen in Deutschland das Bedürfnis der wandernden Jugend nach Unterkunftsmöglichkeiten befriedigen. Im Gegensatz dazu muß festgestellt werden, daß die Errichtung von Jugendheimen stark vernachlässigt worden ist. Die letzte Wahl für die Gemeindevertretungen hat in vielen Orten eine Stärkung der sozialistischen Gemeindevertreter gebracht. Sie werden sich dieser Frage zweifellos mit einer anderen Energie annehmen, als wir von den Bürgerlichen zu erwarten haben. Schließlich wissen ja die Vertreter der Arbeiter am besten, wo der Proletarierjugend der Schuh drückt. Es werden in den Gemeinden viele Ausgaben gemacht für Dinge, die nicht so notwendig sind, wie Jugendheime. Daher ist die Forderung nach mehr Jugendheimen durchaus berechtigt und wird auch bei allen denen ein offenes Ohr finden, die in dieser harten Zeit den Jugendlichen ihr Los gern erleichtern wollen. N.

Heute noch heißt es beginnen!

Immer wieder haben den Wind
und den reißenden Strom wir bezwungen,
wo immer nur Feinde und Gegner sind,
da stehen wir Jungen.

Wir haben begonnen, die Not und das Leid
und das Elend zur Erde zu zwingen,
und ist auch die Welt voller Feigheit und Neid,
wir wissen, das Werk wird gelingen.

Denn wir sind die Jungen und Jungsein ist Kraft,
und in uns ist Mut und Vertrauen
und das Wissen darum, wer das Heute nicht schafft,
wird auch das Morgen nicht bauen.

Und bringt jeder Tag auch nur einen Schritt
uns weiter dem Ziele entgegen,
und nimmt jeder auch nur einen mit,
der abseits stand an den Wegen,

es wird doch mit jedem einzigen Mann
leichter für alle zu streiten,
und jeder Schritt bringt uns näher heran
an die kommenden besseren Zeiten.

Vorwärts darum mit geschwellter Brust:
heute noch heißt es beginnen,
wir haben nicht Zeit zu vergehender Lust,
denn es gilt, eine Welt zu gewinnen.

Erich Grisar.

Erhöhte Erziehungsbeihilfen für Lehrlinge

Der Appell des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe an die Handwerkskammern und Innungen vom 20. August 1929 brachte insofern einen Erfolg, als sich nun die Handwerkskammer zu Berlin entschlossen hat, neue Richtlinien für Erziehungsbeihilfen aufzustellen.

In ihrer Vollversammlung vom 6. November 1929 wurden die nachfolgenden Mindestsätze aufgestellt, die inzwischen vom Minister für Handel und Gewerbe durch Erlaß vom 16. Dezember 1929 — III d 3570 Je — gebilligt wurden.

Es sollen als wöchentliche Erziehungsbeihilfe (Kostgeld, Lehrlingsentschädigung), soweit nicht Kost und Wohnung vom Lehrherrn gewährt werden, mindestens gezahlt werden:

im 1. Lehrjahr	5.— RM.,	bisher	4.— RM.
im 2. „	7.— „ ,	„	6.— „
im 3. „	9.— „ ,	„	8.— „
im 4. „	12.— „ ,	„	10.— „

Diese geringfügige Verbesserung kann selbstverständlich nicht als genügend bezeichnet werden, denn sie ist bestenfalls eine Geste, die den guten Willen beweisen soll. Wollen die Herren Arbeitgeber ernsthaft dazu beitragen, einen Ausgleich gegen den Geburtenausfall zu schaffen, dann werden sie sich entschließen müssen, diese Sätze erheblich in die Höhe zu setzen, zumal die rationalisierte Industrie jetzt schon einen gesteigerten Bedarf an ungelernten und angelernten jugendlichen Arbeitern aufzuweisen hat.

Es ist selbstverständlich, daß in den Gewerben oder Industrien, wo eine tarifliche Regelung für die Lehrlinge getroffen ist, diese ihre Geltung behält.

Proleteus.

Arbeitsamt und erwerbslose Jugend

Den Arbeitsämtern fällt eine wichtige Aufgabe in der Betreuung jugendlicher Erwerbsloser zu. Die Lehrlingsjugend ist für die Dauer der Lehrzeit dem Kampf um die Arbeitsstelle enthoben. Daneben gibt es aber viele ungelernte Arbeiter, die auf die Arbeitsvermittlung angewiesen sind. Hier haben die Arbeitsämter eine Mission zu erfüllen, die nicht nur von erzieherischem Wert, sondern auch von volkswirtschaftlicher Bedeutung ist. Sehr gute Fingerzeige, wie dies gemacht werden könnte, finden wir in „Der Arbeitsmarkt in Sachsen", Nr. 42. Wir bringen diese nachstehend ohne Kommentar zum Abdruck, wobei wir nur wünschen möchten, daß sie beherzigt würden:

‚Der ungelernte Arbeiter muß auch lernen, um im Wirtschaftsleben bestehen zu können. Hier kann das Arbeitsamt helfen und große soziale Arbeit vollbringen. Erfolgreich wird diese Arbeit an den Jugendlichen dadurch sein können, daß sich die Berufsberatung auch der Ungelernten in stärkerem Maße annimmt. Was wirtschaftliche Verhältnisse an den Jugendlichen vernachlässigt haben, muß nach besten Kräften nachgeholt werden. Berufsberatung, Arbeitsvermittlung und Jugendfürsorge müssen zusammnarbeiten. Der berufslose Jugendliche muß aus dem Heer der älteren Arbeitslosen herausgezogen werden. Durch Lehrgänge muß den Jugendlichen wirtschaftliches Wissen beigebracht werden, um ihnen Kraft und Können für den Kampf um die Arbeitsstelle zu geben. Wir haben die Möglichkeit, die Jugendlichen zur Pflichtarbeit heranzuziehen. Mit Pflichtarbeit werden wir sicher bei den Jugendlichen keinen Erfolg erzielen, wenn mit dieser Arbeit nicht gleichzeitig eine erfolgversprechende Ausbildung verbunden ist. Deshalb sollte man das Wort „Pflichtarbeit" durch „Kurse" ersetzen. In den Kursen muß die Richtung der Befähigung der Jugendlichen scharf beobachtet werden. Es ist notwendig, die Jugendlichen in ihrem Bewußtsein dadurch zu stärken, daß man ihnen Schönschreib- und Deutschunterricht, Unterricht in der Post- und Bahnabfertigung und vor allen Dingen im Umgang mit Menschen erteilt. Der Jugendliche wird überwiegend als Laufbursche, Hausdiener, Bürodiener und für sonstige Handreichungen vermittelt. Ist dem Jugendlichen bewußt, daß er von den ihm übertragenen Arbeiten etwas versteht, wird er mit anderem Eifer an die Arbeit gehen und sich leichter eine langfristige Existenz schaffen können."

Sportbewegung und Jugend

Von Dr. med. E. Schwenn.

Wer sich mit der Jugend und Jugendfragen näher befaßt, versteht die Sprache der heranwachsenden Generation und hört die berechtigte Forderung heraus, daß sie in der Frage der Körpererziehung unserer nachdrücklichen Unterstützung mit Rat und Tat bedarf. Wenn wir mit offenen Augen und mit warmen Herzen alles miterleben, was ihr Gemüt bewegt, so werden wir mit Recht ihre Sprecher und Fürsprecher sein. Zu uns als den Erziehern und Führern dringt mit allem Nachdruck der Ruf nach Pflege der Leibesübungen! Ihre Notwendigkeit ist längst anerkannt und die Zahl der Verfechter dieser Idee ist groß. Aber trotzdem haben wir noch Gegner im feindlichen Lager, die nicht Anhänger von Turnen, Spiel und Sport — in dem notwendigen Maße — sind. Es fehlt auch nicht an denen, die uns gern etwas am Zeug flicken möchten, indem sie uns Uebertreibung vorwerfen. Wir wollen annehmen, daß sie uns damit die Warnung zukommen lassen möchten: ‚Hütet euch davor, Raubbau an den Kräften der Jugend zu treiben!" Es ist unsere Pflicht, dieser Kritik durch praktische Maßnahmen nach besten Kräften die Spitze zu bieten, indem wir entsprechend über unsere Jugend wachen. Auch als Aerzte bei der sportlichen Betätigung. Man muß bei objektiver Beobachtung wohl zugeben, daß wir auf dem besten Wege sind, hier den uns gestellten Aufgaben zu genügen. Die Erfahrung zeigt, daß die Turn- und Sportvereine und vor allem ihre Jugendabteilungen derartig ausgebaut werden und eingestellt sind, daß man der „Arbeit in die Breite" gerecht wird. Die Leiter bemühen sich redlich, diesen Gedanken in den Vordergrund zu stellen. Auch an maßgebenden Stellen der Verbände gibt man dieser Auffassung Raum in der richtigen Erkenntnis der Bedeutung der sportlichen Arbeit an der Jugend. Doch müssen wir berücksichtigen, daß diese Einstellung und Umstellung von mannigfachen Faktoren abhängig ist und daß sie nicht von heute auf morgen geschehen kann. Es bedarf noch weiterer jahrelanger ernster Arbeit und Mitarbeit, um die praktische Durchführung des gewollten auf der ganzen Linie zu erreichen. Anderseits können wir aber auch mit klarem Blick und ruhigem Gewissen behaupten, daß wir auch früher nicht die besondere Verpflichtung und Verantwortung für die Jugend in den Turn- und Sportvereinen aus den Augen gelassen haben. Es war vielmehr stets unser vornehmster Zweck und Ziel! Wir können dies nicht nur mit Worten belegen, unsre Erfahrung zeigt uns unverkennbar, daß wir auf dem bereits eingeschlagenen Pfade den richtigen Weg gegangen sind. Wohl sei zugegeben, daß einzelne überragende Kenner, die auf Grund ihrer körperlichen Anlagen und Fähigkeiten und eifrigen Training zu Bestleistungen geeignet waren, herangewachsen sind und somit Höchstleistungen vollbrachten. Aber gleichzeitig muß zugegeben werden, daß auch eine Anzahl guter Kräfte in Turn- und Sportvereinen herangezogen wird. Die allgemein verbesserten Durchschnittsleistungen der gesamten Jugendmannschaften zahlreicher Vereine legen den klaren Beweis ab, daß die Arbeit in die Breite in den Vordergrund gestellt wurde. Dies ist ein großer moralischer und praktischer Erfolg! Wir verdanken ihn vor allem den Männern, die es mit klarem Blick verstanden haben, in systematischem Aufbau und Ausbau der Jugendabteilungen ihre Hauptaufgabe zu sehen. Die Früchte ihrer ernsten Arbeit in Wort und Tat werden wachsen, das Vorbild ihrer Tätigkeit wird weitere Nachahmer finden, die von den gleichen Gedanken durchdrungen sind. Wenn dieser Geist und der Wille zur Arbeit und Mitarbeit an der Körpererziehung unserer Jugend in allen Turn- und Sportvereinen weiterhin Fuß fassen und Wurzel schlagen wird, so brauchen wir nicht zu bangen um unsere Jungen und Mädel! Vielmehr können wir mit gutem Recht und gutem Gewissen unseren Schülern und vor allem auch unserer schulentlassenen Jugend den Weg in die Turn- und Sportvereine weisen. Hier werden sie dann heranwachsen zum Besten ihrer Gesundheit und der Leistungsfähigkeit ihres Körpers. Sie werden sich entwickeln zu Männern und Frauen in des Wortes wahrster Bedeutung — gesund an Leib und Seele — auch durch die Leibesübungen. (Redaktion: Unsere Jugend gehört in den „Arbeiter-Turn- und -Sportbund".)

Ueber die wirtschaftliche Bedeutung des Wanderns

Einem Artikel im Mitteilungsblatt des Sächsischen Heimatdienstes entnehmen wir darüber nachstehende, interessante Angaben: „Es wird mancher, der sich mit dem Gedanken des Jugendwanderns noch nicht befreundet hat, vielleicht sagen, Behauptungen über den wirtschaftlichen Wert des Wanderns seien übertrieben. Zahlen beweisen. Und die Zahlen, die über den Mehrverbrauch an Lebensmitteln und Arbeitsleistungen im Jahre 1927 in Hohnstein durch die Jugendherberge Hohnstein berichten, sind so anschaulich, daß wohl der grimmigste Gegner des Jugendwanderns die wirtschaftliche Bedeutung nicht ableugnen kann. Im Jahre 1927 wurden in Hohnstein an die Jugendherberge durch die Handel- und Gewerbetreibenden geliefert:

Fleisch	6 998 Pfund
Butter	1 326 Stück
Brot	6 190 Pfund
Kartoffeln	134 Zentner
Milch	12 972 Liter
Brötchen	26 405 Stück
Frischgemüse	712 Pfund

Dazu an Arbeitsleistungen für den Ausbau und die Erhaltung der Jugendburg:

Laufende Instandsetzungsarbeiten	16 066,35 Mark
Neubauten	36 462,36 Mark
Koch- und Scheuerfrauen	4 136,85 Mark

Diese amtlichen Zahlen erhellen trefflich das Dunkel, das bei vielen unserer Mitarbeiter noch über die wirtschaftliche Bedeutung und den Wert des Jugendwanderns für Handel und Wandel herrscht."

Neue Bücher

„Jugendliederbuch". 9. Auflage. 451. bis 500 Tausend. Zusammengestellt von Aug. Albrecht. Preis kartonniert 65 Pfg., in Ganzleinen 1.10 Mark. Arbeiterjugendverlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8.

Die neue Ausgabe ist umgestellt und erweitert worden. Die Anzahl der Liedertexte stieg auf 360. Besonders erweitert wurde die Gruppe der Arbeiter- und Freiheitslieder. Alle brauchbaren Texte fanden hier Aufnahme. Erweitert wurde ferner das Liederbuch noch um die Abteilungen: „Turner- und Burschenschaftslieder", „Plattdeutsche Lieder", „Kanons", neben den gut ausgewählten Gruppen „Wander- und Marschlieder", „Für Heim und Rast", „Liebeslieder", „Schnurren und Wechselgesänge" und „Abschiedslieder". Das Buch wurde ferner mit Scherenschnitten von G. Hempel geschmückt und die Aufmachung erheblich verbessert. So dürfte sich die Jubiläumsausgabe des „Jugend-Liederbuches", das nunmehr bereits im 500. Tausend erscheint, viele neue Freunde erwerben. Es ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Jugendweihe 1930. Das Arbeiter-Bildungsinstitut in Leipzig, dessen Gedenkbücher zur Jugendweihe sich seit vielen Jahren größter Beliebtheit und stärkster Nachfrage erfreuen, bringt in diesem Jahre eine Neuauflage des von Anna Siemsen zusammengestellten und von Max Schwimmer illustrierten Jugendweihebuches: „Kämpfende Menschheit". Der Inhalt ist besonders sorgfältig ausgewählt für das Fassungsvermögen der schulentlassenen Jugend. Die Nachfrage ermöglichte eine hohe Auflage und dadurch eine Herabsetzung des Preises für dieses Jahr. Der Buchhandelspreis ist nunmehr auf 1 Mk festgesetzt. Das inhaltlich gut ausgestattete Büchlein ist durch jede Buchhandlung und direkt durch das ABI. zu beziehen. (Arbeiter-Bildungsinstitut, Leipzig, Volkshaus, Zeitzer Str. 32.)